



Aktuelles der LINKEN aus Fürstenwalde

- Fürstenwalde geht mit beschlossenen Finanzhaushalt ins Jahr 2019 *Seite 10*
- Im Blick für das Wahljahr 2019 – dreimal stärkste Kraft werden *Seite 11*
- „Ich bin ein unverbesserlicher Optimist!“ *S. 20*



DIE LINKE im Oder-Spree-Kreis

- Kandidaten für Kreistagswahl aufgestellt *S. 6*
- Freifunk in Erkner – kommunalpolitische Erholung vom freien Netz *Seite 8*
- Kosten der Unterkunft – Wohnen ist Menschenrecht *Seite 4*



13. Januar 2019:
Wie jedes Jahr treffen sich an der „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde Tausende, um der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu gedenken.

Foto: Fraktion
DIE LINKE. im Bundestag, ©Uli Winkler

Annäherung an eine Ermordete

„Meine Lektüre sind jetzt verschiedene ältere Studien über Shakespeare aus den 60er und 70er Jahren, ...“

Im „Berliner Tageblatt“ las ich, dass im Friedrichs-Museum ein neuer großer Tizian hängt. Haben Sie ihn schon besucht? Ich gestehe, dass Tizian eigentlich nicht mein Freund ist, er ist mir zu geleckert und kalt, zu virtuos ...“

Gestern lag ein unbeschreiblicher Zauber auf allem. Der Himmel war spät nach Sonnenuntergang von leuchtender Opalfarbe von Streifen von unbestimmter Farbe verschmiert ...“

Die das schrieb war keine höhere Bürgertochter, die sich auf ihre Rolle als Gattin eines sehr betuchten Mannes vorbereitete. Die das schrieb hatte sich das Lesen und Schreiben selbst beigebracht, als Fünffährige, die zu einem Jahr Bettruhe gezwungen war, weil ein Arzt eine Fehldiagnose stellte.

Ihr Bild war in meinem Geschichtsbuch der 8. Klasse. Oben die Porträts von Reichpietsch und Köbis, zwei revolutionäre Matrosen der kaiserlichen Armee, unten Karl Liebknecht und eben Rosa Luxemburg. Von diesen beiden erfuhr ich, dass sie die Gründer der KPD waren und dass die Konterfeiten Opfer ihrer politischen Haltungen wurden. Ich begnügte mich mit dieser sparsamen Information. Im Studium war ich gefordert, mich mit Marx und Engels auseinanderzusetzen. Aber Karl und Rosa blieben das, was sie waren: Begründer der KPD. Als die, die versucht haben, die Marx'chen Ideen in Deutschland umzusetzen, ehrte ich sie im Januar, dieses Jahr zum 45. Mal, immer freiwillig. Dabei gab es Zeiten, wo ich haderte, dass mein stilles Gedenken weniger gefragt war, eher der frohe Blick auf die Genossen des Politbüros.

Wen wundert es, dass die Tribüne auf dem Friedhof mir den ideellen Zugang zu den beiden versperrte. Zeitembrüche machten mir bewusst, dass Karl und Rosa für mich zu plakativen Wesen geworden waren. Was für ein Defizit.

Ich musste etwas für ihre Menschwerdung tun, musste sie kennen – vor allem verstehen lernen. Dass ich mich zuerst Rosa zuwandte, mag daran liegen, dass ich als Frau erfahren wollte, wie eine andere Frau gesellschaftliche Umstürze bewältigte.

Also Rosa.

Am 5. März 1871 kam sie als fünftes Kind des Holzhändler Elias Luxenburg in Zamosz zur Welt.

Nach den ersten schweren Jahren erhielt sie eine umfassende Bildung, sprach Polnisch, Russisch und Französisch, lernte Latein und Altgriechisch, konnte das Englische lesen und Italienisch verstehen, liebte Literatur und Musik, zeichnete gut, interessierte sich für Botanik und Geologie und für Architektur. Eine umfassend gebildete Schülerin, ein pädagogisches Ideal, das ich bejahe. Eine sportliche Tätigkeit schloss sich für Rosa sicher an, denn die Fehldiagnose hatte zur Folge, dass sie leicht hinkte.

Rosa besuchte ab 1884 ein Frauen-Gymnasium in Warschau, traf auf die Gruppe „Proletariat“, die von der zaristischen Polizei verfolgt und aufgelöst wurde. Drei Jahre später schloss sich Rosa der im Untergrund agierenden Gruppe „Zweites Proletariat“ an, bekannte sich in ihrer Familie und in der Schule offen dazu. Hier lernte sie die Schriften von Karl Marx kennen.

Für mich erschließen sich hier drei zeit lebens gültige Wesensmerkmale von Rosa: Wissensdurst, unbedingte Ehrlichkeit und die marxistische Weltansicht.

Selbstredend, dass sie 1888 das Abitur mit „Auszeichnung“ bestand. Aber die mit diesem Ergebnis verbundene Goldmedaille wurde ihr von der Schulleitung verweigert „wegen oppositioneller Haltung gegenüber den Behörden“. Für Rosa bedeutete das möglicherweise die erste schmerzliche Erfahrung. Für mich die Erkenntnis, dass solches Verhalten graduell unterschiedlich und systemübergreifend weiterwirkte. Hier Relegationen, dort Berufsverbote. Für Rosa waren die Folgen noch gravierender. Die zaristische Polizei war auf sie aufmerksam geworden, sie musste in die Schweiz fliehen.

In Zürich bot sich für sie die Chance zum Studium, das dort Männern und Frauen gleichberechtigt ermöglicht wurde.

Der Nationalökonom Justus Wolf, bei dem Rosa später promovierte, hat in seiner Überzeugung, er könne „Das Kapital“ von Marx theoretisch ins Aus stellen, mit seinen Unterrichtungen ungewollt Rosas marxistisches Wissen erweitert.

Diese kleine Frau hat in der Folgezeit ein übermenschliches Arbeitspensum bewältigt: agitatorische Artikel, aktive Teilnahme an der 2. Internationale, Mitbegründerin der SDKP (Sozialdemokratie des Königsreichs Polens und Litauens), schrieb für den „Vorwärts“, „Die Neue Zeit“, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ und andere sozialdemokratische Zeitungen.

Wegen „Majestätsbeleidigung“ 1904 saß sie sechs Wochen im Gefängnis und kritisierte im gleichen Jahr in der ISKRA das

zentralistische Parteikonzept Lenins. Eine Frau, die eine revolutionäre Persönlichkeit kritisiert, ihre eigene Sicht vertritt! Unter Stalin war das ein Sakrileg und deutsche Genossen haben das wohl auch so sehen wollen, was dann Auswirkungen auf die Luxemburg-Rezeption in der DDR hatte.

Lenin hat Rosa geschätzt. Er nannte sie „Ein Adler unter Hühnern“.

Präzise Analysen der gesellschaftlichen Zustände, das Erkennen der sich deutlich abzeichnenden Kriegsgefahr veranlassten sie, den konsequenten Kampf gegen den Krieg zu führen. 1913 rief sie Hunderttausenden zu: „Wenn uns zugemutet wird, die Waffe gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: Nein, das tun wir nicht.“

Das sei den „Grünen“ ins Stammbuch geschrieben. Und der LINKEN sei Dank, dass sie in dieser Hinsicht absolut mit Rosa übereinstimmt.

Rosa allerdings wurde zu 14 Monaten Haft verurteilt.

Die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion für die Aufnahmen der Kriegskredite (nur Karl Liebknecht hatte dagegen gestimmt) stürzte Rosa in eine tiefe persönliche Krise. Sie hat sie überwunden, eine Mammutleistung gegenüber der eigenen Person.

Ihre Haftstrafe musste sie im Februar 1915 antreten, erst im Weibergefängnis in Berlin. 1916 entließ man sie, um sie dann zu zweieinhalb Jahre „Schutzhaft“ zu verurteilen. Ein Begriff, der später wieder aufgegriffen wurde. Drei Jahre und vier Monate war sie inhaftiert, in Wronski bei Posen und in Breslau.

Aus dieser Zeit stammen auch die eingangs zitierten Passagen aus ihren „Briefen aus dem Gefängnis“.

Bewundernswert, dass diese aktive Frau, die zwar einige Möglichkeiten der geistigen Betätigung hatte, aber eben doch Gefangene war, an Mathilde Jakob schrieb: „Vergessen Sie nie, dass das Leben, was auch kommen mag, mit Gemütsruhe und Heiterkeit zu nehmen ist.“ Rosa hat nicht nur eine Maxime postuliert, sie hat sie gelebt. Woher nahm sie diese psychische Kraft?

Am 9. November 1918 aus der Haft entlassen, nimmt sie am Reichsrätekongress teil, erhält kein Rederecht. Die Mehrheit stimmt für parlamentarische Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung.

Die Mehrheit hatte nicht recht. Welche Entwicklung eingeläutet wurde wissen wir.

Die Spartakisten waren nicht überzeugt, dass unter den herrschenden Verhältnissen der Kapitalismus auf parlamentarischem Wege reformierbar wäre. (Dieser Wunderglaube existiert noch.)

Sie gründeten am 1. Januar 1919 mit anderen linkssozialistischen Gruppen aus dem ganzen Reich die KPD. Am 14. Januar 1919 schrieb Rosa den Artikel „Ordnung in Berlin“, ihre letzten Worte waren: „Ich war, ich bin, ich werde sein.“

Mit den Geldern u.a. der Deutschen Bank personell und materiell aufgerüstete Freikorps haben am 15. Januar Rosas physische Existenz vernichtet, die Gedanken der Revolutionärin Rosa haben heute, 100 Jahre nach ihrer Ermordung, nichts an Aktualität eingebüßt. Sozialismus oder Barbarei, das ist die entscheidende Frage, die auch heute von den Menschen beantwortet werden muss.

Die richtigen Antwort zu finden, dazu hat die am 12. Januar 2019 stattfindende Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ beigetragen. Es wurden von verschiedenen Referenten brennende Themen der Gegenwart aufgegriffen, analysiert.

Otto Köhlers (SPD-Mitglied) Beitrag „Die nächste imperialistische Hauptmacht“ legte ausgehend von einer Bundeswehrwerbung „Nach der Schule liegt dir die Welt zu Füßen, mach sie sicherer“ die militärischen Optionen Deutschlands und die Scheinheiligkeit der Argumentationen bestimmter politischer Gruppen dar. Manche politische Ambition, fasst er in einer einprägsamen Metapher: „Schauen sie sich das Schloß an, die Barockfassade zeigt Richtung Westen, die Wände mit den Schießscharten nach Osten.“

Bitter seine Erkenntnis, dass die SPD der Friedrich-Ebert-Stiftung nahesteht. Sein Credo: „Ich wähle lieber eine Partei, die sich eine Rosa-Luxemburg-Stiftung leistet.“

Anny Przyklenk, Woltersdorf



Foto: Achim Raschka / CC-BY-SA-4.0

Rosa-Luxemburg-Skulptur von Rolf Biebl, vor dem Verlagsgebäude des „neuen Deutschlands“ am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin

Ein Haus in Wellmitz

Ein Beitrag zur Diskussion über das Wahlprogramm für die Wahlen zum Brüsseler/Straßburger Parlament

Mitte Januar 2019 ging das Dorf Wellmitz (Gemeinde Neißemünde) durch die Presse. Nachdem der Landrat sich selbst ein Bild gemacht hatte, ließ er ein Gebäude wegen eklatanter baulicher und sanitärer Probleme sperren und die dort lebenden Menschen aus Rumänien in einer Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises in Eisenhüttenstadt unterbringen. In den Berichten war dann von Menschenhandel, von Schleusung und Sozialleistungsmissbrauch die Rede.

Beschrieben wird ein „Geschäftsmodell“, mit dem Menschen nach Deutschland gelockt werden, um eine Scheinbeschäftigung aufzunehmen und Sozialleistungen zu beantragen. Den überwiegenden Teil des Geldes müssen sie dann als „Miete“ an dubiose Geschäftemacher zahlen.

Damit hat ein weiteres Problem nun auch das „flache Land“ an der Oder erreicht. Aber eine Deutung, die sich vorrangig an der kriminellen Energie eines Profiteurs festmacht, der die miese Lage rumänischer Familien ausnutzt, greift zu kurz. Was da passiert ist und wogegen der Landrat mit berechtigter Empörung einschritt ist kein Einzelfall. Es ist Folge von Politik und hat System.

Dazu muss man wissen: von 2011 bis 2017 sind mehr als 930 000 Menschen mit rumänischer Staatsbürgerschaft nach Deutschland gekommen. Das sind etwa vier-einhalb Prozent der rumänischen Bevölkerung. Sie kommen, um hier zu arbeiten.

In Rumänien beträgt das durchschnittliche und Median-Einkommen rund 2 700 € – im Jahr. In Deutschland sind es 21 900 €. Und der Mindestlohn beträgt in Rumänien 407 €, in Deutschland 1 498 €. Das ist es, was in acht Jahren fast 1 Mio. Menschen aus Rumänien nach Deutschland trieb.

Dieser Zustrom ist ein Teil der deutschen Profitwirtschaft. Hier wirkt ein Mechanismus, den Engels so beschrieb: „Die rasche Ausdehnung der englischen Industrie hätte nicht stattfinden können, wenn England nicht an der zahlreichen und armen Bevölkerung von Irland eine Re-

serve gehabt hatte, über die es verfügen konnte“. (MEW 2, S. 320)

Aber die moderne Sache ist noch verzwickter. Der Landkreis konnte die Menschen – wie es hieß – in einer „Gemeinschaftsunterkunft“ unterbringen, die leer stand und demnächst aufgegeben werden soll. Und das wiederum ist so, weil weniger geflüchtete Menschen ankommen. Nicht etwa, weil es weniger Fluchtursachen gibt, sondern vielmehr weil die Politik der „Festung Europa“ durchaus funktioniert – vom Pakt der EU mit der Türkei bis zur „Flüchtlingsabwehr“ in der Sahara, weit vor der den südlichen Küsten des Mittelmeers.

Deshalb werden auch die entsprechenden UnterbringungsKapazitäten reduziert – und können partiell für die Menschen aus Rumänien genutzt werden. Wie es dann weiter geht, ist offen.

Vielleicht so, wie der „Tagesspiegel“ am 24. Oktober 2017 über Berliner Obdachlose schrieb: „Berlin zahlt Obdachlosen die Rückreise – notfalls zweimal“.

Wie hier beschrieben funktionieren „offene Grenzen“ eben auch: Zum Nutzen der Profitwirtschaft und zum Schaden der Schwachen der Gesellschaft.

Wenn DIE LINKE am 23./ 24. Februar 2019 über ihr Programm zur Wahl des Parlaments der Europäischen Union beschließt, sind solche Zusammenhänge zu beachten. Es funktioniert nicht für „offene“ Grenzen einzutreten und die Lösung der damit verbundenen Probleme dann Landräten zu überlassen.

Nun wird zur Begründung der Forderung nach „offenen“ Grenzen unter anderem angeführt, die eingereisten Migranten würden doch ihren Familien dann Geld überweisen und ihnen so helfen.

Auch hier kommt eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung zu einem anderen Ergebnis, denn die Ungleichheit zwischen den Ländern wird so verschärft. Um beim Beispiel Rumänien zu bleiben: Im Jahr 2007 belief sich der Rückstand des Bruttoinlandprodukts (pro Kopf und Jahr) von Rumänien zu Deutschland auf 24 900 €. Im Jahr 2017 waren es dann schon 30 100 €.

Fazit

Selbstverständlich müssen „offene Grenzen“ ein Ziel linker Politik sein – als Teil einer Politik, deren Ergebnis die Überwindung des Staates (nicht nur des Nationalstaates) und der politischen Gewalt ist.

Wenn wir jedoch über ein Wahlprogramm für fünf Jahre reden, dann zeugt ein solches Ziel von Realitätsverlust. In dieser Zeit sind weder die extremen wirtschaftlichen Diskrepanzen noch die Ursachen der politischen Gewalt zu überwinden. Es ist aber darum zu ringen, diesen Zielen näher zu kommen.

Wer die Forderung nach offenen Grenzen aufmacht, der kann nicht auf der abstrakten Ebene stehen bleiben. Vielmehr sind ganz konkrete Schritte zu bestimmen, damit eine solche Politik nicht wieder in ein vorhersehbares Desaster führt. Da ist darzustellen, welche Kapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland für die Aufnahme von Menschen vorhalten werden sollen und wer das bezahlt.

- Wie viele Wohnungen?
- Wie viele Arbeitsplätze?
- Wie lassen sich Massenunterkünfte vermeiden?
- Was ist unter den Bedingungen des realen Kapitalismus möglich, um zu verhindern, dass Migrantinnen und Migranten als Druckmittel gegen soziale Forderungen einheimischer missbraucht werden?

Wo das nicht vorher passiert, da tritt ein, was Karl Marx 1870 beschrieb: Es „herrscht in allen großen Industriezentren Englands ein tiefer Antagonismus zwischen dem irischen und englischen Proletariat. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen als einen Konkurrenten, der die Löhne und den Standard of life herabdrückt.“ (MEW 16/388)

Es ist z.Z. so, dass die Entlastung der Kommunen, die Räumung der zur Unterbringung Geflüchteter genutzten Turnhallen und Vieles mehr ganz wesentlich Folge des Deals mit der Türkei und der rasant gewachsenen Zahl der Toten im Mittelmeer ist. Dagegen anzutreten, verlangt eine Politik, mit der die Annäherung an offene Grenzen weder kurz- noch langfristig zu Kontrollverlusten und zur Verschärfung von Konflikten im Lande führt.



von Dr. Artur Pech, Schöneiche, Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree, Foto: DIE LINKE

Bonner Parteitag 2019 – Europaparteitag

Die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE wird am 22. und 23. Februar 2019 in Bonn stattfinden. Der Parteitag wird das Europawahlprogramm beraten und beschließen. Am 23. und 24. Februar 2019 wird die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN für die Europawahl wählen.

Weitere Informationen im Internet: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/bonner-parteeitag-2019/

Aus dem Kreistag Oder-Spree

von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender
der Fraktion
DIE LINKE und
des Ausschus-
ses für Haushalt
und Finanzen im
Kreistag Oder-
Spree,
Grafiken:
Dr. Artur Pech

Wohnen ist Menschenrecht

Statistiken der Agentur für Arbeit – was sagen sie uns im Oder-Spree-Kreis?

Mitte 2019 steht die erneute Bestimmung der „angemessenen“ Kosten der Unterkunft (KdU) im Landkreis Oder-Spree an. Die entsprechenden Aufträge sind erteilt und die Arbeiten laufen. Zeit also, sich die einschlägige Entwicklung im Landkreis noch einmal vor Augen zu führen, die jährlichen Statistiken zu bewerten.

Nach der Hartz-IV-Einführung erhielt der Kreistag über lange Jahre die einschlägigen Daten nicht. Entsprechende Anträge der Linksfraktion wurden im Kreistag jeweils von der Mehrheit der Parteien abgelehnt, die für Hartz IV die Verantwortung tragen.

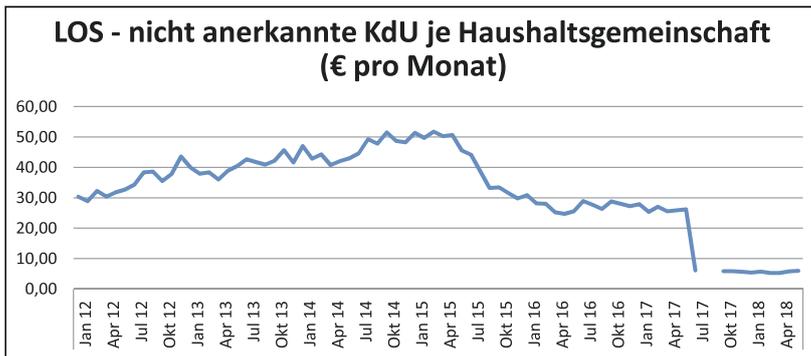
Die Daten, die dem Kreistag nicht geliefert wurden, waren jedoch der Arbeitsagentur zu liefern. Und die machte daraus Statistiken, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Das war herauszufinden und dann war nachzurechnen. Das ist mühselig und erfordert einen erheblichen Arbeitsaufwand, der deutlich über mehr oder weniger kluge Beiträge in diversen Sitzungen hinausgeht. Das Ergebnis habe ich 2015 in einer ersten Auflage der Broschüre „Kosten der Unterkunft im Landkreis Oder-Spree – Soziales, Rechtliches und Willkürliches“ zusammengefasst.

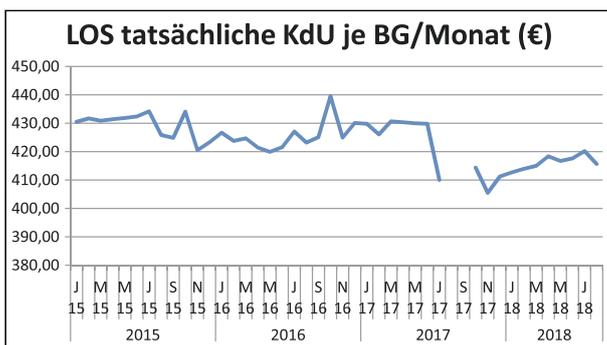
der von der Verwaltung noch von der für die Statistik zuständigen Arbeitsagentur beantwortet wurden.

Für zwei Monate (August/September 2017) fehlen statistische Angaben völlig. Und im Juli 2017 ist im Landkreis Oder-Spree – glaubt man der Statistik – ein Wunder eingetreten: Da sollen sich die tatsächlichen KdU gegenüber dem Vormonat um 20 € pro Haushaltsgemeinschaft verringert haben. Die Folgemonate schließen dann an dieses Niveau an. (Statistik 2)

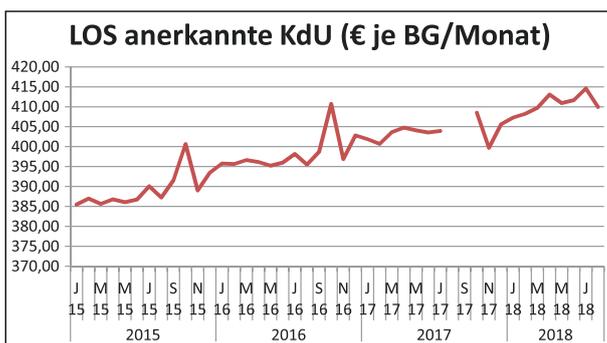
Hier muss mit der 2019 anstehenden Untersuchung zur Neubestimmung der „angemessenen“ Werte Klarheit geschaffen werden



Statistik 1



Statistik 2



Statistik 3

Die offizielle Statistik enthält Angaben zu den „tatsächlichen“ und den „anerkannten“ KdU. Die Differenz – das ist der Betrag, auf dem die Betroffenen sitzen bleiben und den sie aus dem „Regelsatz“ bestreiten müssen – ist selbst zu errechnen.

Das habe ich 2015 getan. Es kam heraus, dass sich diese Differenz im Jahre 2014 im Landkreis Oder-Spree auf mehr als 550 € im Jahr belief. Seit 2012 hatten sich die nicht anerkannten KdU pro Bedarfsgemeinschaft von 30 € im Monat bis auf 50 € im Monat erhöht. Das war dann mehr als doppelt so viel, wie im Durchschnitt des Landes Brandenburg.

Danach kam es zu einer deutlichen Trendwende.

Statistik 1

Während bis März 2015 die nicht anerkannten KdU noch auf mehr als 50 € je Bedarfsgemeinschaft im Monat anstiegen, setzte danach eine deutlich rückläufige Entwicklung ein. 2018 wies die Statistik dann noch 1/10 dieses Betrages aus.

Hier entstehen freilich auch Fragen an die Statistik, die zum Redaktionsschluss dieses Beitrages we-

Statistik 2

Es bleibt also erheblicher Klärungsbedarf. Für die Betroffenen freilich ist die Entwicklung der anerkannten KdU wesentlich. Dieser Anstieg hat dann schon mit der Verringerung des nicht anerkannten Teils der KdU zu tun.

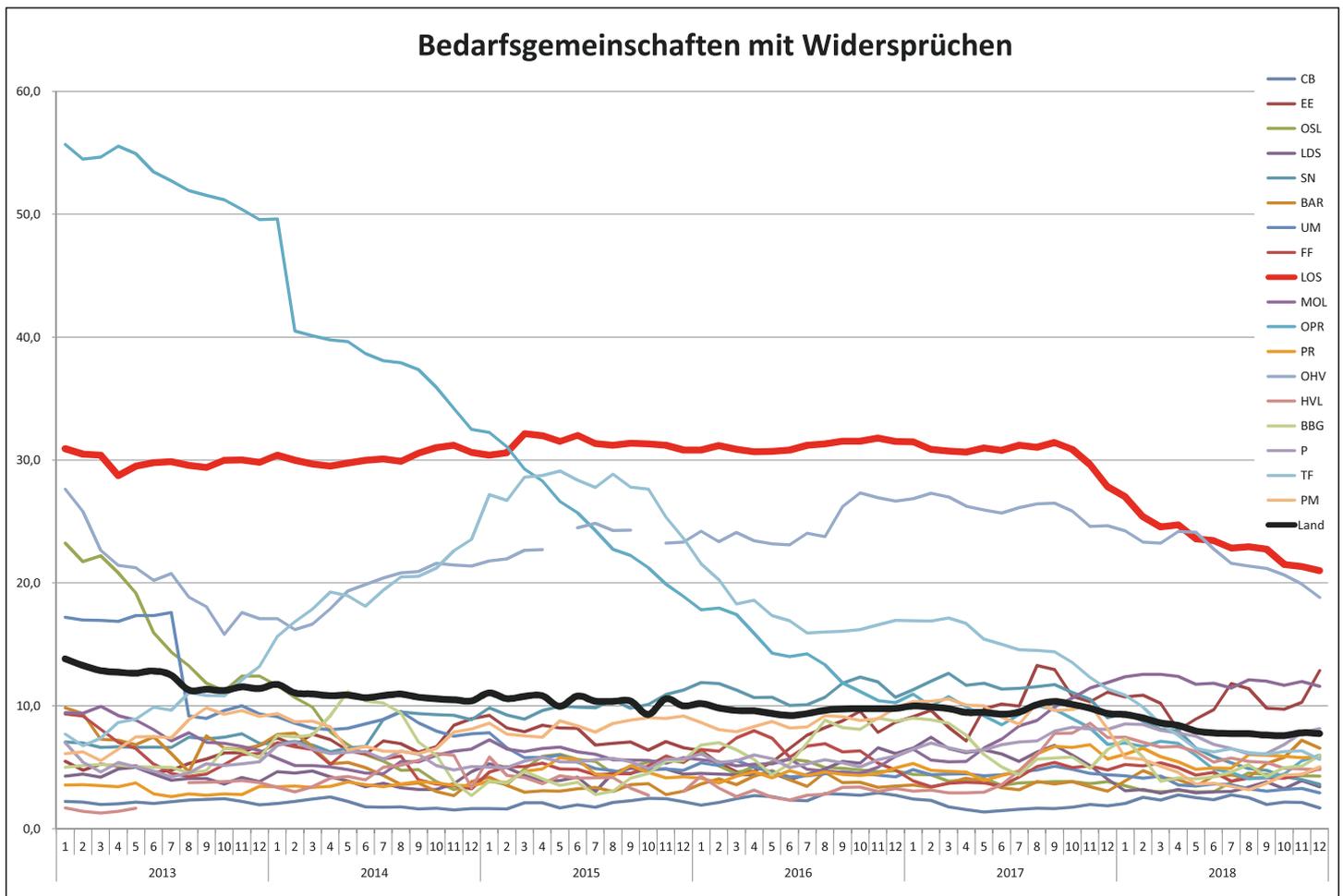
Statistik 3

Es ist anzuerkennen, dass in konkreten Fällen mit der Verwaltung Übereinstimmung bestand, die Verdrängung von Menschen aus ihren angestammten Wohnlagen durch die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt zu vermeiden. Ein Blick auf die täglichen Konflikte macht allerdings deutlich, dass weiterer Klärungsbedarf besteht.

Statistik 4

In den amtlichen Statistiken über Widersprüche und Klagen zum SGB II wird die Relation der Widersprüche zur Zahl der Bedarfsgemeinschaften ausgewiesen. Im Land Brandenburg erscheinen da für den Landkreis Oder-Spree seit Anfang 2015 die höchsten Werte – seit Anfang 2018 etwa gleichauf mit Oberhavel. (Statistik 4)

Während bis 2017 im Landkreis Oder-Spree statistisch etwa jede dritte Bedarfsgemeinschaft gegen Bescheide in Widerspruch gegangen ist, war es zum Ende des Jahres 2018 noch etwa jede fünfte Bedarfsgemeinschaft (rote Kurve).



Statistik 4

Das war dann aber immer noch mehr das Doppelte des Durchschnitts des Landes Brandenburg (schwarze Kurve).

Wie sehr hier auch kommunale Besonderheiten eine Rolle spielen, verdeutlicht Statistik 4: In der Mehrzahl der Landkreise und kreisfreien Städte lag dieser Wert seit 2013 unter zehn Prozent.

Wir werden also weiter genau hinzusehen haben, wie sich die Lage entwickelt. Wie im Ringen um die KdU ist hier zunächst eine Annäherung an die Durchschnittswerte des Landes Brandenburg ein realistisches Ziel.

Dafür auch im Kreistag ein kompetentes Gremium zu schaffen und ihm die Zuständigkeit für das „Jobcenter“ zu übertragen, bleibt eine notwendige politische Aufgabe. Dafür müssen sich nicht nur Meinungen sondern auch Mehrheiten im Kreistag verändern. Auch dieses Ziel ist bei den Wahlen im Jahr 2019 deutlich zu machen. Es geht schliesslich um grundsätzlichen Lebensbedürfnisse von mehr als 15000 Menschen im Landkreis Oder-Spree.

An die Leserinnen und Leser des „Widerspruch“



Was machen die da eigentlich im Kreistag? Ein Teil der Antwort der Linksfraktion im Kreistag auf diese Frage ist die Broschüre „25 Jahre linke Politik im Kreistag Oder-Spree“.

Aus Anlass des Jubiläums des Landkreises hat die Linksfraktion mit einer Auswahl aus den „Widersprüchen“ (Monatsmedien der LINKEN im LOS) eines Vierteljahrhunderts und aus weiteren Publikationen einen Report über ihre Arbeit seit der Bildung des Landkreises im Dezember 1993 vorgelegt. Er

liegt dieser „Widerspruch“-Ausgabe bei.

Dieser Report verdeutlicht die Konsequenz und die Ausdauer, mit der die Fraktion im Landkreis und für den Landkreis linke Politik gemacht hat. Ich empfehle diese Veröffentlichung der Aufmerksamkeit der Leser*innen des „Widerspruch“.

Die Mitglieder der Fraktion sind gern bereit, ihre Arbeit und diesen Report in den Basisorganisationen des Landkreises vorzustellen.

Dr. Artur Pech, Fraktionsvors.

Denk ich an Europa ...

Leserbrief zu „Zeit für Plan C“, „neues deutschland“, 17. Januar 2019, S. 1

Es ist bedauerlich, dass bei der Beurteilung des „Brexit“ auch auf der Linken die materiellen Entwicklungen in der EU, im Vereinigten Königreich und auch in Deutschland fast vollständig ignoriert werden. Tatsache ist doch:

In Großbritannien lag 2017 das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

um 1 300 € unter dem Wert von 2007. Das ist nicht nur wirtschaftliche Stagnation, das ist ein deutlicher Verlust. In der gleichen Zeit ist das deutsche BIP um 8 600 € gewachsen. Das erklärt dann auch sehr unterschiedliche Weltansichten. Womit sollen die Menschen in Großbritannien unter diesen Bedingun-

gen zufrieden sein? Wie würde wohl Deutschland auf einen Rückfall auf das Niveau vom Anfang der 2000er Jahre reagieren? Zweifelsfrei doch wohl nicht mit Begeisterungstürmen über die Errungenschaften der EU.

Dr. Artur Pech, Schöneiche veröffentlicht, „nd“, 21. 1., S. 8

DOKUMENTIERT

Volles Kindergeld für Erntehelfer

Kreistag Oder-Spree wendet sich gegen Pläne zur Absenkung der Sozialleistungen

Landrat Rolf Lindemann (SPD) soll dem Deutschen Landkreistag zum Thema Kindergeld für Ausländer die Meinung sagen. Er hat dem Antrag von Linksfraktionschef Artur Pech selbst zugestimmt.

Von Andreas Fritsche („neues deutschland“, 10. Dezember 2018)

Wer in Deutschland arbeitet, Steuern zahlt, Sozialabgaben leistet, hat auch als Ausländer Anspruch auf gleichen Lohn und gleiche Sozialleistungen – also auch auf das Kindergeld in voller Höhe, selbst wenn die Kinder nicht in der Bundesrepublik leben. Diese Sichtweise des Kreises Oder-Spree soll Landrat Rolf Lindemann (SPD) dem Präsidium des Deutschen Landkreistags übermitteln.

Das beschloss der Kreistag bereits am Donnerstagabend vergangener Woche mit großer Mehrheit, wie Linksfraktionschef Artur Pech dem „nd“ mitteilte. Es habe nur neun Gegenstimmen gegeben, die hauptsächlich aus den Reihen der CDU gekommen seien. Landrat Lindemann wird den Antrag sicher gern erledigen. Der Sozialdemokrat hat im 56-köpfigen

Kreistag selbst dafür gestimmt, hat sich den Auftrag damit ein Stück weit auch selbst erteilt.

Artur Pech hatte den Antrag gestellt. Dass sein Vorstoß von August nach der zwischengeschalteten Behandlung in den Ausschüssen nun so eine große Mehrheit fand, hat ihn positiv überrascht. Ursprünglich hatte der Linksfraktionschef eingeschätzt, dass sein Antrag „nicht chancenlos“ sei, aber auch „kein Selbstläufer“.

Ihn ärgerte, dass der Landkreistag die Bundesregierung aufgefordert hatte, Pläne zur Absenkung des Kindergeldes für Kinder im Ausland voranzutreiben. Diskutiert wurde eine Anpassung an die niedrigeren Lebenshaltungskosten beispielsweise in Polen und Rumänien, nur in Ausnahmefällen hätte es mehr Geld gege-

ben, weil zum Beispiel die Lebenshaltungskosten in der Schweiz oder in Norwegen höher liegen.

Doch das wäre ungerecht. Im Landkreis Oder-Spree, der eine Grenze zu Polen hat, kann Linksfraktionschef Pech auf den Feldern die vielen osteuropäischen Erntehelfer sehen, die für einen geringen Lohn sehr hart arbeiten und sehr bescheiden in spartanischen Unterkünften leben, um möglichst viel Geld für ihre Familien übrig zu behalten. Die Trennung von den kleinen Kindern, die solange in der Heimat bei den Großeltern beaufsichtigt werden, oder auch von den größeren Kindern, die manchmal wochenlang allein bleiben, ist schwer zu ertragen. Da erscheint eine willkürliche Kürzung des Kindergeldes extrem unfair. Immerhin stopfen die

Polen in Deutschland Lücken auf dem Arbeitsmarkt, nicht zuletzt auch im Handwerk und in der Altenpflege.

Für 211 000 im Ausland lebende Kinder wird in der Bundesrepublik Kindergeld ausgezahlt. Den Anspruch darauf hatten in Deutschland tätige polnische Saisonarbeiter 2012 in einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof erstritten. Fast 103 000 polnische Kinder kamen im Jahr 2017 in den Genuss des Kindergeldes, außerdem beispielsweise 17 400 kroatische, 17 000 rumänische, 16 000 tschechische und 15 800 französische Kinder. In jenem Jahr sind auf diese Weise 318 Millionen Euro ins Ausland geflossen. Insgesamt wurden 35,9 Milliarden Euro Kindergeld ausgezahlt.

Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree



von Julia Wiedemann, Woltersdorf, Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree, Foto: DIE LINKE

Kandidat*innen für Kreistagswahl aufgestellt

Auf ihrer Gesamtmitgliederversammlung am 12. Januar in Groß Rietz wählte DIE LINKE Oder-Spree ihre Kandidat*innen für die Kreistagswahl am 26. Mai 2019. Vierzig Bewerberinnen und Bewerber – sowohl Parteimitglieder als auch Parteiose – werden für DIE LINKE in den vier Wahlkreisen des Landes antreten.

■ **Wahlkreis 1**
Erkner, Schöneiche, Woltersdorf, Grünheide, Amt Spreenhagen

Der langjährige Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag Dr. Artur Pech (Schöneiche) wurde auf den ersten Platz gewählt. Auf Platz zwei tritt Rita-Sybille Heinrich (Erkner) an, die bereits in dieser Legislatur stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist.

■ **Wahlkreis 2**
Fürstenwalde, Amt Odervorland
Mit Stephan Wende und Jutta Barga (beide Fürstenwalde) stehen

zwei weitere erfahrene Kreispolitiker an der Spitze. Stephan Wende ist zugleich Direktkandidat der Partei DIE LINKE für die Landtagswahl am 1. September.

■ **Wahlkreis 3**
Beeskow, Friedland, Rietz-Neuendorf, Storkow, Tauche, Amt Scharmützelsee, Amt Schlaubetal

Dr. Astrid Böger (Bad Saarow) wird die Liste anführen. Die Wissenschaftsautorin hatte im Herbst die Bewerbung um das Direktmandat für DIE LINKE im Landtagswahlkreis 27 gegen Justizminister Ludwig gewonnen. Platz 2 ging an Dr. Bernd Stiller (Langewahl).

■ **Wahlkreis 4**
Eisenhüttenstadt, Amt Brieskow-Finkenheerd, Amt Neuzelle

Dr. Jörg Mernitz und Heidi Wiechmann (beide Eisenhüttenstadt) bilden das Spitzenduo. Jüngster Kandidat ist Tobias Präkels aus dem Amt Neuzelle, der erst kurz vor

dem Wahltag im Mai das 18. Lebensjahr erreichen wird.

Die Versammlung war eine kleine Herausforderung an die Geduld und das Sitzfleisch für Kreisvorstand und Mitglieder, galt es doch, neben den vier Wahlkreisen, auch die Kandidat*innen für zwei Orte ohne eigenen Ortsverband zu nominieren, für die Stadt Müllrose und für die Gemeinde Brieskow-Finkenheerd.

Positiv ist hervorzuheben, dass es gelang, so viele Kandidaten aufzustellen. Doch sticht zugleich ins Auge, dass mit 27,5 Prozent Anteil unter allen Kandidaten sehr wenige Frauen antreten, im Wahlkreis 1 sogar nur eine einzige. Dies wird eine der Baustellen sein, mit denen sich der Kreisvorstand in naher Zukunft befassen müssen wird. Ebenso steht die Frage im Raum, wie wir für die darauf folgenden Wahlen Nachwuchs gewinnen können. Viele derer, die jetzt kandidieren, werden in

fünf Jahren nicht noch einmal antreten. Bei der Besetzung von sachkundigen Einwohner*innen in den Ausschüssen wird die neue Fraktion im Blick haben müssen, wer zukünftig DIE LINKE im Kreis ver-

treten könnte und schon jetzt an Themen und Aufgaben heran geführt werden sollte.

Die Gesamtmitgliederversammlung wird am 16. Februar am selben Ort

fortgesetzt. Es sollen das Wahlprogramm für den Kreistag weiter diskutiert und beschlossen sowie LINKE-Listen für weitere Gemeinden aufgestellt werden.

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Erkner

Im Mittelzentrum die Kommunalwahl vorbereiten

„Gemeinsam bilden Erkner, Woltersdorf, Schöneiche und Rüdersdorf ein eng verwobenes Siedlungsgebiet mit fast 50 000 Einwohnern. Viele Aufgaben und Herausforderungen ähneln sich oder greifen unmittelbar ineinander. Wir setzen uns deshalb für eine engere Zusammenarbeit unserer Kommunen ein. Wir streben einen Kooperationsvertrag an, in dem Formen des regelmäßigen Austauschs und Ziele einer gemeinsamen Entwicklung unserer Region beschrieben werden.“

So heißt es in einem von Fritz R. Viertel (Ortsvorsitzender DIE LINKE in Schöneiche) erarbeiteten Papier zur Vorbereitung der Kommunalwahlen am 26. Mai 2019. Über die Ideen berieten die Ortsvorstände und Vertreter der Kommunalfraktionen am 20. Dezember 2018. Bisher haben Bürgermeister und Stadtverwaltungen oft nach dem Motto gehandelt: „Der Starke ist am Mächtigsten allein.“ Immer schwang der Vorwurf an Erkner mit, dass jährlich hier zwar 800 000 Euro Mittelzentrumsförderung ankommen, aber damit nichts für den

Bereich Erkner, Woltersdorf, Schöneiche getan werde.

Konkurrenz und Eigeninteressen dürfen nicht mehr Handlungsgrundlage sein. Bei den Themen Soziales und Wohnen, Mobilität, Digitalisierung, Umwelt- und Klimaschutz sowie bei der Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe sollen sich zukünftige linke Kommunalvertreter mit Anträgen in ihren Parlamenten für die Schaffung eines echten solidarischen Mittelzentrums einsetzen. Grünheide und Gosen-Neu Zittau sollten eingeladen werden, als Gemeinden mit uns gemeinsam zu handeln.

In linke kommunale Wahlprogramme sollten konkret umsetzbare Forderungen aufgenommen werden. So könnten die Kommunen ein gemeinsames Schulkonzept erstellen, Kitaplatz- wie Wohnungsvergabe koordinieren und einen runden Tisch gegen Kinderarmut installieren. In den Verwaltungen soll nicht mehr mit Leiharbeitern gearbeitet werden – oder sie sollen wie Stammkräfte bezahlt werden.

Im Bereich Mobilität geht es um die Sanierung und den Ausbau guter, schneller sowie sicherer Rad- und Gehwege innerhalb und zwischen den Gemeinden einschließlich hilfreicher Beschilдерungen, ebenso um den effektiveren, bedarfsgerechten Öffentlichen Personennahverkehr und den Erhalt der Straßenbahnen in Woltersdorf und Schöneiche.

Die Lücken der Breitbandversorgung sollen geschlossen und kostenfreie, unabhängige Hotspots in den Kommunen bereitgestellt werden.

Durch gemeinsame Schulgärten und andere Formen soll die Umweltbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene vorangetrieben werden.

Das Ziel, so die Beratung der LINKEN aus Erkner, Woltersdorf und Schöneiche, ist es, gemeinsam die Aufgaben zu lösen. Ohne Berlin wird das aber auch nicht möglich sein. Ein Termin zu einer Beratung mit den Vertretern des Stadtbezirks Treptow-Köpenick ist für Januar 2019 vereinbart.



von
Dr. Elvira Strauß,
Erkner,
Vorsitzende der
Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverord-
netenversammlung,
Foto: DIE LINKE

Der Beitrag wurde bereits in „Erkner ungefiltert“ 1/2019, dem Informationsblatt der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Erkner, veröffentlicht.

Punkmusik zum Weihnachtsfest in Erkner

Eine Punkband zur Partei-Weihnachtsfeier auftreten lassen? Das sorgte für kritische Nachfragen und freundliches Interesse, auf jeden Fall für Aufmerksamkeit. Schließlich hat unsere Basisorganisation auch ältere Mitglieder, deren Musikgeschmack das natürlich nicht trifft. Aber gerade die sind besonders tolerant und offen für Begegnungen mit anderen Kunst- und Lebensstilen. Also wurde meine Idee umgesetzt. Mit „wir sind Abbruch aus Gosen und wir leben, wie wir aussehen“, eröffneten die Punker aus der Nähe dann ihr etwa einstündiges Konzert, dass nicht nur Linke in die Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V. (GefAS) lockte,

sondern auch junge Leute aus der Stadt und der Umgebung. „Ihr seid die Linken, wir sind linksextrem“, erklärte Sänger und Bassist René Behrendt eine zumindest inhaltliche Verwandtschaft zwischen den Künstlern und ihrem Publikum an diesem Abend.

Lauter Punkrock bestimmte das Geschehen im weihnachtlich geschmückten Saal der GefAS. Nach dem Konzert kam es zu interessanten Gesprächen mit den jungen Musikern, die unter anderem von verschiedenen Projekten mit Kindern und Jugendlichen erzählten, in denen sie sich engagieren.

Text: Franziska Schneider, Foto: ©Privat



■ Erkner

Freifunk in Erkner – kommunalpolitische Erholung vom freien Netz



von
Franziska Schneider,
Vorstandsmitglied
DIE LINKE Erkner,
Gosen-Neu Zittau;
Direktkandidatin im
Wahlkreis 31 für die
Landtagswahl am
1. September 2019;
Foto: Spreebote

Im ländlichen Brandenburg fehlt es mancherorts am Zugang zum Internet selbst. Doch auch dort, wo es technisch problemlos Internetzugang, Telefonie und Datenaustausch gibt, ist die Situation nur auf den ersten Blick eine gute. Denn Monopole diktiert die Regeln und die Preise, obwohl andere Wege so einfach wären. Der meiner Meinung nach beste, weil offen für alle, kostenfrei und zutiefst demokratisch, ist Freifunk. Einige Initiativen sind da seit Jahren mit wechselhaftem Erfolg aktiv. Die Praxis ist allerdings frustrierend. Hier ein Bericht aus eigener Erfahrung.

Schritt eins – Anfang 2017: Der Beginn

Freifunk steht für freie Kommunikation in digitalen Datennetzen. Frei bedeutet:

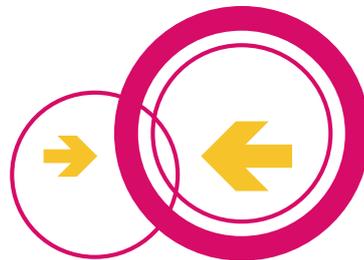
- Öffentlich zugänglich (keine Registrierung bei einem Provider notwendig),
- nicht kommerziell (es werden keine geschäftlichen Interessen verfolgt),
- im Besitz der Gemeinschaft und unzensuriert.

Eine gute, sogar sehr gute und zukunftsweisende Sache! Los ging es mit dem Knüpfen von Kontakten und wenig später wurde Freifunk im Kino Movieland und in der GefAS (Verwaltungsgebäude mit Tafel sowie Veranstaltungssaal und Außengelände) unter Mithilfe eines Freifunkers aus Grünheide, FreifunkBerlin sowie DIE LINKE Erkner, Gosen-Neu Zittau installiert.

Schritt zwei – Mitte 2017: Beste Voraussetzungen

Dabei stellte sich heraus: Über eine Richtfunkstrecke könnte Erkner an bereits bestehende Freifunkinfrastruktur in Berlin angebunden werden. Der Zugang vom Endnutzer zum Freifunknetz könnte dann wiederum durch die Anbindung der Router an die Richtfunkanlage erfolgen.

Bedingung für eine Richtfunkstrecke ist allerdings die Installation auf einem hohen Gebäude. Die Antennen funktionieren nämlich



freifunk.net

nur an Standorten, zu denen sie in Sichtkontakt stehen. Die Herausforderung war groß, eine Lösung schien fast unwahrscheinlich. Doch wir wurden fündig. Mehr noch: Wir wurden einig. Und zwar durch die Zusage, eine Richtfunkantenne auf dem Verwaltungsdach des Firmengeländes von Prefere Resins installieren zu dürfen. Die Chefin der Kunstharz Fabrik, selbst Informatikerin, hätte kein Problem damit – im Gegenteil: sie begrüßt solch bürgerschaftliche Initiativen –, für Freifunk das einzige noch freie Dach des Erkneraner Standortes zu nutzen. Auf den weiteren Dächern der Fabrik haben sich bereits andere Provider eingemietet. Unser Landtagsabgeordneter Volkmar Schöneburg und Medienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE diente hier in einem Auftaktgespräch sowie mit einem Vertreter von FreifunkBerlin als Türöffner für Freifunk. Doch was nützt die Möglichkeit, wenn sie nicht umgesetzt wird?

Schritt drei – Anfang 2018: Entstehung einer Initiative

Eine Initiative war nun zu gründen und mehr aktive Mitstreiter mussten her. Den Anfang bildeten wir zunächst zu zweit – Sebastian Heinrich und ich. Wir trafen uns regelmäßig nach der Arbeit und erarbeiteten ein Konzept. Im ständigen Austausch mit einem Freifunkberliner Mailverteiler sondierten wir unsere Möglichkeiten.

Da war eine Menge zu lernen. Freifunker arbeiten ehrenamtlich und nicht kommerziell orientiert. Freifunk organisiert sich über gemeinnützige Vereine. Diese finan-

zieren sich über Spenden und Mitgliederbeiträge. Die Mittel werden beispielsweise verwendet zur Anschaffung von Richtfunkgeräten für den WLAN Backbone (engl. für Rückgrat, Hauptstrang, Basisnetz) Ausbau, aber auch zum Druck von Broschüren und Flyern. Ziel unserer neu gegründeten Initiative ist es, freies WLAN an zentral öffentlichen Plätzen für Bürger und Gäste der Stadt Erkner zur Verfügung zu stellen. Solcher Freifunk bedeutet barrierefreien Zugang ohne Landingspages und natürlich registrierungsfrei.

Wir haben mehrere Freifunkgebiete in Erkner ausgemacht: unter anderem den Bahnhofsvorplatz, den Busbahnhof, die Stadthalle, den Sportplatz Strandbad, den Jugendclub und den Rathauspark. Damit würde die Attraktivität unserer Stadt für Bürger und Besucher deutlich gesteigert. Das sollte, so meinen wir, doch auch in der Kommunalpolitik und der Verwaltung einleuchten und für Begeisterung sorgen. Da der Großteil der zu entwickelnden Gebiete im öffentlichen Bereich liegt, benötigen wir praktische Unterstützung seitens der Stadtführung, Ansprechpartner oder eine Koordinierungsstelle innerhalb der Verwaltung sowie einen Überblick über bereits geplante oder erfolgte Maßnahmen.

Schritt vier – Ende 2018: Warten, warten und Vodafone machen lassen

Wir baten als Initiative Freifunk also um ein Gespräch mit dem Bürgermeister, der sich interessiert zeigte. Vodafone, Wohnungsgesellschaft und Stadtverwaltung sind an der Verbesserung der Infrastruktur interessiert, verfolgen jedoch die Umsetzung über kommerzielle Betreiber.

Während Vodafone „kostenfreie Hot-Sports“ anbietet, die Kundenakquise zum Ziel hat, also gezielt Werbekonsumenten finden will, ist Freifunk hingegen werbe-, vertrags- und barrierefrei. Doch wenn der Konzern unsere Hauptstraße und alle Plattenbauten mit Hot-Spots dominiert, hat es eine freie Initiative schwer. Mag sie noch so gute Vor- und Ansätze haben.

Schließlich ist der Begriff „kostenfrei“ in Bezug auf Hot-Spots von Vodafone irreführend, dahinter stehen deutliche Marktinteressen. Die Nutzer zahlen mit ihren Daten. Sie erklären sich bereit, unter den Geschäftsbedingungen von Vodafone, Werbeempfänger zu sein. Wer das für sich akzeptiert, bitte. Es muss aber auch die Möglichkeit bestehen, werbungsfrei und ohne Anmeldung online gehen zu können, sich digital frei zu bewegen, ohne unfreiwillig Konzerninteressen zu dienen.

Es ist nicht zu verstehen, warum ein Konzern wie Vodafone Kommunalpolitik beeinflusst zum Scha-

den der Allgemeinheit. Zudem wird eine deutliche Wettbewerbsverzerrung kommunalpolitisch geduldet, zum Nachteil der Stadt Erkner und ihrer Gäste. Das muss sich ändern!

Fazit

Seit mehreren Jahren engagiere ich mich zum Thema Freifunk und erlebe, wie Großkonzerne, eingeraht von kommunalpolitischer Inkompetenz, die erfolgreiche Umsetzung solcher Projekte ausbremsen. Es ist ermüdend.

Mit den negativen Erfahrungen tritt ein Aspekt besonders hervor. Unsere Partei DIE LINKE steht in der Regierungsverantwortung des

Landes Brandenburg. Warum hat es linke Politik in der Vergangenheit versäumt, Initiatoren wie Freifunk politisch zu unterstützen? Die Weichen für derartige Initiativen waren doch in der Landespolitik zu stellen. Wieso müssen wir uns heute dem wirtschaftlichen Druck von Großkonzernen wie Vodafone beugen, die offensichtlich nur den eigenen Aktienkurs im Auge haben und nicht die Interessenlage der Bürger? Das Motto konzernlichen Handelns lautet doch: Wir sagen Euch, was Euch interessiert, was ihr braucht und vor allem das *Wie*. Ihr dürft uns dafür bezahlen.

■ **Woltersdorf**

Sporthalle bleibt Sporthalle

Die Woltersdorfer Gemeindevertretung beschloss in ihrer Dezembersitzung im vergangenen Jahr – Sporthalle bleibt Sporthalle. Das berichtete die „MOZ“ im Spreejournal“ am 18. Dezember 2018.

So werden kulturelle Belange klein geschrieben.

Die meisten der damaligen Abgeordneten (2014/2015) der Gemeindevertretung Woltersdorf und auch der damalige Bürgermeister waren sich beim Beschluss zum Bau der Halle einig, das auch etwas zur Verbesserung des kulturellen Angebotes im Ort getan werden muss, deswegen Bau einer Mehrzweckhalle.

Woltersdorf ist ein Ort in Entwicklung, wir streben 9000 wenn nicht sogar 10000 Einwohner perspektivisch an. Man sollte davon ausgehen, das, wer sich für sportliche Aktivitäten einsetzt, dieses auch für kulturelle tut. Beispielgebend unsere Nachbargemeinden Erkner und Schöneiche, wo in Sporthallen ganz selbstverständlich über den Sportbetrieb hinaus die unterschiedlichsten kulturellen Veranstaltungen angeboten werden. In Woltersdorf scheint dieses anders. Dort bezeichnen Abgeordnete Kulturveranstaltungen als Halligalliveranstaltungen. Der Abgeordnete

Ponsel sollte sich erst einmal richtig kundig machen, bevor er behauptet, diese Halle ist für Kultur nicht geeignet. Er erhält dafür Unterstützung auch von der Verwaltung. Dem Leiter des Eigenbetriebes sollte man sagen: Wer seine Ware nicht anbietet, der hat auch keinen Käufer, das weiß jeder kleinste Händler. Seine Vorgängerin hatte den Auftrag dazu, dieses wurde wahrscheinlich mit der Neubesetzung als Doppelplanstelle gestrichen. Ein Schelm wer Böses dabei denkt.

Ich schäme mich für die Woltersdorfer Gemeindevertreter, die diesen Antrag abgelehnt haben.

von
Edgar Gutjahr,
Woltersdorf



Das Trauerspiel von Afghanistan von Theodor Fontane (1859)

*Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält.
„Wer da!“ – „Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan.“*

*„Afghanistan!“ er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Roben Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.*

*Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin;
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:*

*„Wir waren dreizehntausend Mann.
Von Kabul unser Zug begann –
Soldaten, Führer, Weib und Kind
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.*

*Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt –
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“*

*Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all,
Sir Roben sprach: „Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.*

*Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So laßt sie's hören, daß wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter, blast in die Nacht hinaus!“*

*Da haben sie an, und sie wurden's nicht müd',
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang,*

*Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht:
Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.*

*Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.*

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN

■ Fürstenwalde

Fürstenwalde beginnt das Jahr 2019 mit beschlossenen Finanzhaushalt



Stephan Wende,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverord-
netenversammlung
Fürstenwalde,
Foto: DIE LINKE

Der Doppelhaushalt für 2018/19 ist beschlossen. Stephan, du hast sehr viel Kritik, aber ihr habt trotzdem zugestimmt. Warum?

Das ist in wenigen Worten nur schwer zu erklären. Zunächst einmal: Warum musste es eigentlich ein Doppelhaushalt sein und dann auch noch einer für 2018/19, wo 2018 doch vorbei ist?

Der 2018er war doch im Frühjahr von der Kommunalaufsicht beanstandet worden, da musste doch ein neuer erarbeitet werden?

Nein. Das ist ja genau ein Teil der Legende, an der der neue Bürgermeister eifrig strickt. Der 18er Haushalt war völlig in Ordnung – und der jetzt für 2018 neu beschlossene ist mit dem vom Frühjahr zu etwa 90 Prozent identisch. Da konnten wir ohne weiteres zustimmen.

Warum ist er denn dann kassiert worden?

Der Landkreis hat bemängelt, dass die Perspektivplanung für 2019/20 nicht den Anforderungen entsprach. Konkret gesagt wurde da mehr Geld verplant als vorhanden war.

Da hätte man aber doch eigentlich nur diese Perspektivplanung ändern müssen?

Ja, genau. Das war ja auch immer unsere Kritik. Der alte Kämmerer, Dr. Fehse, hatte noch im Juni, bevor er in Rente ging, eine korrigier-

te Version fertig. Die hätte nur beschlossen werden müssen.

Aber warum ist das nicht gemacht worden? Weshalb musste die Stadt das ganze Jahr ohne gültigen Haushalt leben?

Um es mal ganz flapsig zu sagen: eine haushaltslose Zeit ist für einen Kämmerer die Zeit, in der er am meisten sparen kann. Denn da darf nur das gemacht werden, was schon angefangen ist oder wofür Verträge und Verpflichtungen existieren. Etwas neu anfangen darf man nicht. Und unser neuer Bürgermeister und seine Kämmerin leben irgendwie in der Zwangsvorstellung, dass Schulden etwas ganz Schreckliches seien. Sie wollen die Schulden der Stadt mit aller Gewalt und so schnell wie möglich abbauen.

Gibt es denn Probleme mit den Krediten?

Eigentlich nicht. Die letzten hochverzinsten Kredite aus 2008 sind umgeschuldet. Die Stadt spart jetzt pro Jahr über eine halbe Million an Zinsen ein. Natürlich sind 4,5 Millionen Tilgung im Jahr ein ordentlicher Brocken. Das schränkt den Spielraum für Investitionen ein. Das ist einfach der Preis dafür, dass Fürstenwalde in den 90er Jahren massiv in die Infrastruktur investiert hat: Sporthallen, Feuerwehr und vieles mehr – lauter Dinge, die für eine Stadt wichtig sind, die sich aber „nicht rechnen“, wie man so schön sagt. Eine Sporthalle oder die Feuerwehr kann man eben nicht kostendeckend vermieten. In zehn Jahren sind diese Kredite getilgt – aber wir werden wohl für den Neubau von Kitas und Horten neue Kredite aufnehmen müssen, wenn sich nicht ein privater Investor findet. Der Zuzug gerade von jungen Familien, über den wir uns sehr freuen, macht solche Investitionen unausweichlich.

Du hast kritisiert, dass der Haushalt 2019 ein Haushalt der Nullen sei. Was meinst du damit?

Im 19er Haushalt stehen einige Investitionen, die uns wichtig sind: Die Sanierung der Goßmannschule wird zu Ende gebracht und der Neubau an der Fontaneschule soll kommen. Ferner der dringend nötige Sozialtrakt am Pneumant-Sportforum. Der östliche Teil der Lindenstraße wird erneuert, die Krausestraße ausgebaut und die Erschließung der Ketschendorfer Feldmark geht weiter. Fortgesetzt wird auch der Umbau des Jagdschlösses, womit die Stadt ihren Teil dazu beiträgt, dass das Projekt einer Fachhochschule Realität wird, die in der Aufbauschule und auf dem Gelände des heutigen Festplatzes entstehen soll.

Da muss man aber doch nicht meckern!

Leider doch. Das sind Investitionen von knapp 10 Millionen. Sie werden finanziert mit rund 9 Millionen Fördermitteln und Ausbaubeiträgen. Das ist nicht das Problem.

Das Problem ist, dass bei den Schulen, Kitas, Jugendclubs, Sporthallen usw. überall eine Null steht. Da wird allenfalls repariert, wenn was kaputt geht. Aber auch die Ansätze für solche Reparaturen wurden pauschal gekürzt. Der städtische Betriebshof kann kaum noch arbeiten, so alt und verschlissen sind die Fahrzeuge und Maschinen. Die Feuerwehr wird auch verrottet. Es gibt nichts Neues, und dazu wurden die Gelder für Instandhaltungen um ein rundes Viertel gekürzt. Selbst beim Feuerwehrball und beim Dienstsport soll gespart werden.

Aber man kann eine Stadt auch kaputtsparen.

Ist denn aus deiner Sicht noch irgendwo Geld versteckt? Der Finanzhaushalt schließt doch nur gerade mit 3 000 Euro Überschuss?

Vor wenigen Tagen kam aus Beeskow die Information, dass die Kreisumlage um 2 Prozent gesenkt wird. Das bedeutet ungefähr eine Dreiviertelmillion, die wir weni-

Zeichnung:
Klaus Struttmann



ger bezahlen müssen. Damit kann man schon eine ganze Menge anfangen. Und wir waren der Meinung, dass man in einer so schwierigen finanziellen Situation nicht noch in Größenordnungen neue Stellen im Rathaus schaffen muss. Damit konnten wir uns aber nicht durchsetzen.

Es muss aus unserer Sicht – und da gab es auch breite Zustimmung in der Stadtverordnetenversammlung – sofort begonnen werden, einen Nachtragshaushalt zu erarbeiten, der noch vor der Kommunalwahl verabschiedet werden kann und in dem vieles, das jetzt noch im Haushalt fehlt, Berücksichtigung findet. Das Geld soll nicht zum Abbau des Kassenkredits verwendet werden, was der Bürgermeister gerne möchte. Wir brauchen es dringend an anderen Stellen.

Der Nachtragshaushalt war praktisch die Bedingung für euch, dem Haushalt zuzustimmen?

Ja, und auch die Einigung, die mit dem FSV Union zustande gekommen ist, einschließlich der Bewirtschaftungskosten für das Stadion. Die Unioner brauchen endlich Sicherheit, damit sie Tribünendach und Flutlicht bauen können.

Es gab aber auch noch einen anderen, ganz praktischen Grund.

Und was war das?

Es gab in diesem Jahr einen ganz deutlichen Unterschied zu vergangenen Jahren. Früher war es normal, dass der Haushalt für das laufende Jahr erst im Frühjahr verabschiedet wurde. Das hatte den Vorteil, dass die Zahlen relativ genau waren und Nachtragshaushalte deshalb nie erforderlich wurden.

Dann hätte man das doch für 2019 genauso machen können.

Nein, eben nicht. Der Unterschied ist der, dass der Haushalt für 2018 erst jetzt – Ende Dezember – verabschiedet worden ist. Wir haben ein ganzes Jahr ohne gültigen Haushalt – mit vorläufiger Haushaltsführung – hinter uns. Das bedeutet: es ist nichts neu angefangen worden, das im nächsten Jahr fortgeführt werden könnte, so wie das früher war. Denn wir durften schon 2018 nur bereits Begonnenes weitermachen.

Deshalb ist es besser, wenn wir das Jahr mit einem beschlossenen Haushalt beginnen, auch wenn er unzulänglich ist, und ihn dann so schnell wie möglich korrigieren.

Die Fragen stellte Gerold Sachse.

Im Blick für das Wahljahr 2019 – dreimal stärkste Kraft werden

DIE LINKE Fürstenwalde lud zum Neujahrsempfang

Auch 2019 luden die Fürstenwalder LINKEN zum Neujahrsempfang ein und über 80 interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vertreter von Vereinen und Verbänden der Stadt, der regionalen Wirtschaft, Kulturschaffenden und Vertreter aus Politik und Verwaltungen kamen in den Brauereikeller im alten Rathaus.

DIE LINKE stimmte sich auf ihrem Neujahrsempfang auf die anstehenden Wahlen im Jahr 2019 ein. Es gilt „dreimal stärkste Kraft bei den anstehenden Wahlen zum Europaparlament, zur Stadtverordnetenversammlung und bei der Landtagswahl zu werden“. gab Jutta Bargenda bei der Begrüßung als Ziel für das Jahr voraus.

Als prominenter Gast hatten die Fürstenwalder LINKEN Sebastian Walter, DGB-Regiongeschäftsführer in Ostbrandenburg und designerter Spitzenkandidat der LINKEN in Brandenburg zu Landtagswahl am 1. September 2019, eingeladen.

„Beschreibt der Slogan der Staatskanzlei, Brandenburg. Es kann so einfach sein. die Lebenswirklichkeit in unserem Land?“ fragte sich Sebastian Walter in seiner Neujahrsansprache. Sicher, in Brandenburg kön-

nen die Menschen gut leben, viele Vorzüge genießen, die es in der Großstadt nicht gibt. „Aber wir alle wissen doch auch, wie schwer das Leben oft im Alltag ist. Viele Menschen müssen auf's Geld schauen. Wir wissen alle, wie nervös es machen kann, wenn der Arbeitsplatz unsicher ist, Heizung und Strom teurer werden, wenn die Miete steigt, wenn das Auto kaputt geht und die Lebensmittelpreise steigen, wenn die Kita-Gebühren drücken und die Kinder Probleme in der Schule haben. Oder wenn kaum Zeit für die Familie bleibt, da der Arbeitsweg sehr lang ist, Bus und Bahn ständig Verspätung haben oder man viel Lebenszeit im Stau verbringt.“ antwortete er selbst auf die Frage.

„So einfach ist das Leben eben doch nicht. Wir sind uns darüber bewusst, dass viele Lebensrisiken und Alltagsprobleme zugenommen haben. Aber: Wir wollen gemeinsam mit ganzer Kraft dafür sorgen, dass sich Politik um die Probleme der Menschen kümmert und insbesondere die Schwächsten in unserer Gesellschaft ausreichend unterstützt.“

Auch Stephan Wende, Fraktionschef der LINKEN in Fürstenwalde, machte klar: „Wir möchten diesen Menschen eine Stimme geben und dafür sorgen, dass niemand Angst vor der Zukunft haben muss.“



Sebastian Walter versprach, dass DIE LINKE „mit einem neuen Sozialstaatsversprechen in den Wahlkampf ziehen wird. Unser soziales Leitbild ist, dass jeder von seiner Arbeit oder Rente leben kann. Kinder dürfen kein Armutsrisiko mehr sein, denn Kinderarmut heißt eben auch Einkommensarmut der Eltern. Überall im Land muss der Zugang zu Teilhabe möglich sein, weil jeder die gleichen Chancen auf ein gutes Leben verdient hat – egal wo er lebt. Wir wollen, dass das Selbstverständliche wieder selbstverständlich

Sebastian Walter,
Foto: DIE LINKE
Fürstenwalde



Stephan Wende,
Foto: DIE LINKE
Fürstenwalde

wird. Darauf sollen sich die Menschen verlassen können. Deshalb werden wir unseren Fokus noch stärker auf die Bekämpfung der sozialen Spaltung im Land legen und hier gemeinsam nach Wegen suchen, die wir dann konsequent gehen werden.“

In seiner Neujahrsrede versprach Stephan Wende, das 2019 ein Wendejahr werden wird, weil es sich „an 30 Jahre friedliche Revolution zu erinnern gilt.“

1989 lag „die Macht auf der Straße“, so Wende. Für den 14-jährigen Stephan begannen damals wunderbare Wochen, Monate und Jahre in Sturm und Drang und ganz viel Platz und Raum zum Ausprobieren. „Wie sehr wünschte ich dies den jungen Menschen heute – auch deshalb setzt sich DIE LINKE in der SVV so vehement für Freiräume, selbstverwaltete Projekte und für eine lebendige Kreativszene in der Stadt ein. Das ist unsere Vision für die Trebuser Straße 60, ein Ort für lebendige Demokratie und

Kultur, für digital workers und Kulturschaffende, für startups und für Co-Working. Zum Leben, Wohnen und Arbeiten – für eine lebendige Szene am Bahnhof – der Drehscheibe in unserer Stadt!“

„Es ist als hätte einer die Fenster aufgestoßen ...“, erinnerte er an die berühmten Worte von Stefan Heym am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz. „Lähmung, Agonie und das Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Herrschenden wichen der Kreativität, der Selbstorganisation, des Sich-selber-zu-befassen und sich in Verantwortung zu nehmen.“

„Es müsste wieder jemand die Fenster aufstoßen ... dem stimme ich zu.“ so Wende. „Doch warum das gerade die AfD mit ihrem ewiggestrigen, nationalistischen, rassistischen bis faschistischen Gedankengut sein soll, erschließt sich mir nicht. 1989 gab es vor allem Mut, heute nur noch Wut. Liebe Fürstenwalderinnen und Fürstenwalder, lasst uns mutig werden, nicht wütend!“ ermutigte Wende unter Beifall der Gäste.

„Das Jahr 2019 eignet sich hervorragend für die notwendigen Wendungen.“ so Wende. „Wir brauchen dafür nur Mut. Mut zu radikalen, grundsätzlichen Ideen, Mut zu Kreativität.“ sagte er im Blick auf die bevorstehenden Wahlen und versprach, dass DIE LINKE ein Programm vorlegen wird, das zuspitzt. Ein Programm, das radikal ist – radikal pragmatisch. Ein Programm, das weniger bequem ist, dafür nervt: Mit den richtigen Fragen und richtigen Antworten, Angeboten und Vorschlägen.“

„Das Jahr 2019 eignet sich hervorragend für die notwendigen Wendungen“, so Wende und fordert „dafür nur Mut.

Mut zu radikalen, grundsätzlichen Ideen, Mut zu Kreativität.“

Für DIE LINKE versprach er, dass diese in 2019 erreichen möchte, dass Fürstenwalde sich der globalen Bewegung der solidarische Städte anschließt. In einer solchen Stadt der Solidarität haben alle Menschen das gleiche Recht und die gleichen Chancen in ihr zu leben, zu wohnen und zu arbeiten. Allen Menschen soll der Zugang zu gleichwertiger Bildung und medizinischer Versorgung gewährt werden. „Alle Menschen sollen teilhaben und das Stadtleben mitgestalten können – unabhängig von Aufenthaltsstatus, finanziellen Möglichkeiten, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität, Religion.“ fordert er.

Für das von ihm in verschiedenen Politikfeldern beschrieben „Wendejahr“ lässt er sich selber in die Pflicht nehmen, „denn ich werde als Spitzenkandidat mit meiner LINKEN in den Kommunalwahlkampf ziehen und alles dafür geben, dass zum dritten Mal in Folge DIE LINKE als stärkste Fürstenwalder Kraft aus dieser hervorgeht. Und ich werde für DIE LINKE aber vor allem für die Menschen in unserer Stadt und der Region als Direktkandidat in den Landtagswahlkampf ziehen und am Abend des 1. Septembers hoffentlich das Direktmandat errungen haben, um fortan als lautes, vernehmbares Sprachrohr in Potsdam für unsere Region, für Ostbrandenburg und seine Menschen zu trommeln.“ so Wende, der auch als Spitzenkandidat mit siebzehn Kandidaten der LINKEN im Wahlkreis 2 in den Kreistagswahlkampf zieht.

Im Internet kann unter www.linke-fuerstenwalde.de die vollständige Neujahrsrede von Stephan Wende gelesen und das Video des Neujahrsempfanges jederzeit angesehen werden.

Veranstaltungen in Fürstenwalde im Rahmen der 29. Brandenburgischen Frauenwoche 2019

- 8. März, ab 9 Uhr, die Mitglieder der LINKEN verteilen rote Nelken als Gruß zum Frauentag in der Innenstadt, aber auch in Einrichtungen und vor Betrieben der Stadt
- 9. März, 15 Uhr, Foyer des Alten Rathauses, „Erlesenes – Gelesenes“ – die Männer der Fraktion DIE LINKE lesen heitere, satirische Texte von Stefan Heym bis Robert Gernhard
- 13. März, 14.30 Uhr, Kulturfabrik, Frauentagsfeier der AG Senioren der LINKEN Fürstenwalde
- 22. März, 15 Uhr, Bürgerbüro der LINKEN, „Rote Bank“, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde

„Fürstenwalder Kaffeeklatsch“ – im Gespräch mit linken Kommunalpolitiker*innen aus Stadt und Landkreis über Erreichtes und Herausforderndes für die Stadt und die Region,
Moderation: Stephan Wende

- 25. März, 18 Uhr, Bürgerbüro der LINKEN, „Rote Bank“, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Film & Gespräch: „Dr. Mukwege: Der Mann, der Frauen repariert“.
Man nennt ihn auch den Mann, der die Frauen repariert, und er hat schon viele Preise erhalten. 2018 erhielt Dr. Denis Mukwege den Friedensnobelpreis. Für seinen Kampf gegen eine der perfid-

desten Kriegswaffen: sexuelle Gewalt. Seit 20 Jahren leistet der kongolesische Gynäkologe zwischen den Fronten medizinische Hilfe. Zehntausenden Frauen, die im Kongo Unaussprechliches erlebt haben, hat er wieder eine Stimme gegeben. Die Filmemacher Thierry Michel und Colette Braeckman begleiten den Frauenarzt bei seiner Arbeit in der Demokratischen Republik Kongo. DIE LINKE zeigt die preisgekrönte Dokumentation, die die Geschichte eines Hoffnungsgebers ist, und möchte über seinen Auftrag und unsere Verantwortung diskutieren: für die Frauen und ihre Würde.

Aus der Linksfraktion im Landtag

„Laden mit Nazi-Utensilien finanziert“

Der Linkspartei-Politiker Volkmar Schöneburg zieht eine Bilanz des NSU-Untersuchungsausschusses

Die Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses des Brandenburger Landtags neigt sich dem Ende zu. Wann ist mit dem Abschlussbericht zu rechnen?

Die Beweisaufnahme ist mit der Sitzung am 25. Januar voraussichtlich abgeschlossen. Danach wird der Abschlussbericht erarbeitet. Das dauert schätzungsweise bis Juni 2019, so dass er in der letzten Parlamentssitzung dieser Legislatur beschlossen werden könnte.

Ein Grund für die Einsetzung des Ausschusses war die Frage: Hätte die Mordserie des NSU verhindert werden können, wenn Brandenburgs Verfassungsschutz die Hinweise, die er über seine Spitzel auf den Verbleib des untergetauchten NSU-Trios hatte, rechtzeitig an die richtigen Stellen weitergegeben hätte? Wie würden Sie diese Frage beantworten?

Fakt ist, dass der Verfassungsschutz Brandenburg im September 1998 durch seinen V-Mann Carsten Szczepanski alias „Piatto“ verlässliche Informationen darüber hatte, dass die im Januar 1998 untergetauchten Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt auf der Suche nach Waffen waren, um Raubüberfälle zu begehen, und dabei auch von namentlich bekannten Angehörigen der sächsischen „Blood & Honour“-Szene unterstützt wurden. Ein Sachbearbeiter des Verfassungsschutzes Brandenburg schätzte dies folgerichtig als eine Form von Terrorismus ein. Trotzdem sind die Informationen lediglich mit anderen Geheimdiensten, nicht aber mit den zuständigen Staatsanwaltschaften in Jena oder Chemnitz geteilt worden. Das brandenburgische Verfassungsschutzgesetz sieht das jedoch zwingend vor. Damit ist die direkte Einleitung strafprozessualer Maßnahmen verhindert worden.

Ob diese dann auch zur Ergreifung des Trios und damit zur Verhinderung der im September 2000 beginnenden Mordserie geführt hätten, ist aus meiner Sicht nicht auszuschließen. Zu bedenken ist jedoch, dass im Herbst 1998, also

nach der Weigerung des Verfassungsschutzes, ein Behördenzeugnis für das Landeskriminalamt Thüringen zu erstellen, vom Amtsgericht Jena eigenständig Überwachungsmaßnahmen gegen den Ehemann von Antje Probst und gegen Jan Werner, von denen „Piatto“ unter anderen seine Erkenntnisse hatte, veranlasst wurden, die dann allerdings nichts erbrachten. Die Verantwortung liegt daher nicht allein bei Brandenburg. Aber es kann quasi exemplarisch nachvollzogen werden, wie Geheimdienstarbeit den Aufbau des NSU ermöglicht hat.

Was waren die Motive des Verfassungsschutzes, die Informationen nicht weiterzugeben?

Es ging dem Verfassungsschutz definitiv um den Erhalt seines Spitzel-Spitzels. „Piatto“ saß damals noch im Knast und wurde mit relativ hohem Aufwand abgeschöpft, auch in Kooperation mit der Justizvollzugsanstalt Brandenburg. Ganz offensichtlich bestand die Angst, er könne durch die Verwendung seiner Informationen in einem Strafverfahren gegen das spätere NSU-Trio und dessen Unterstützer Werner oder auch Probst enttarnt werden. Geschuldet ist dieses Dilemma aber nicht dem Einzelfall „Piatto“, sondern den strukturell unterschiedlichen Interessen von Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden. Während die einen wie ein großer Staubsauger – und das um jeden Preis – nur Informationen aufsaugen, versuchen die anderen, konkrete Straftaten aufzuklären. Der brandenburgische Verfassungsschutz hat dem eigenen Informationsinteresse eigenmächtig den Vorrang eingeräumt. Der „Quellenschutz“ wurde absolut gesetzt. Ein nicht zu verteidigender Vorgang.

Hat der Ausschuss etwas Wesentliches zu Tage gebracht, das vorher zum NSU-Komplex nicht bekannt gewesen ist?

Wir haben eine ganze Reihe neuer Erkenntnisse gewonnen. Das betrifft nicht nur die Aufklärung des NSU-Komplexes in Branden-

burg, sondern auch die Arbeit der Verfassungsschutzbehörde generell. So ist zu Tage getreten, dass der V-Mann-Einsatz in der rechten Szene in der Regel mehr Schaden als

Nutzen bewirkt hat. Das hat nicht nur der Fall „Piatto“ gezeigt, sondern auch der des V-Mannes Stadler und die Umstände des Geheimnisverrats im Verfahren gegen die „Nationale Bewegung“. Um rechte V-Leute, also aktive Neonazis, zu führen, wurden systematisch Gesetze verletzt. Es gab begünstigende Einflussnahmen auf Polizei und Justiz, zum Beispiel, indem vor Durchsuchungen oder Strafverfahren gewarnt wurde, aber auch massive finanzielle Zuwendungen für die V-Leute, inklusive Handys, Pkws und Computer, die mittelbar zum Aufbau der Naziszene beitragen. Im Falle von „Piatto“ wurde sogar ein kompletter Szeneladen mit Naziutensilien finanziert. Es gab aber auch – und das finde ich besonders erschreckend – die Planung und Ausführung von Straftaten durch die Verfassungsschutzbehörde selbst. So sagte uns der V-Mannführer von Stadler, dass die Produktion der berüchtigten CD „Noten des Hasses“ im Jahre 2002, welche unter anderem einen Mordaufruf gegen die damalige Bundestagspräsidentin enthielt, bis in die Abteilungsleiterbene abgestimmt war.

Der von mir dazu befragte Verfassungsschutzchef Heiner Wegesin hat sich in der Sitzung des Ausschusses am 23. November 2018 dafür öffentlich entschuldigt. Das war bemerkenswert, weil das damals von Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) geführte Haus stets behauptet hatte, Stadler sei insoweit „aus dem Ruder gelaufen“. Im Grunde wäre damals aber ein eigener Untersuchungsausschuss notwendig gewesen. All diese Dinge sind jedoch keine „Ausrutscher“. Sie sind strukturell bedingt, quasi dem Spitzelsystem immanent. Das



von
Dr. Volkmar Schöneburg,
Mitglied des Landtages Brandenburg,

• **Internet:**
volkmarschoeneburg.de

• **Facebook:**
www.facebook.com/volkmar.schoeneburg

• **Wahlkreisbüro**
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Telefon:

(0 33 61) 3 69 89 81

• **Mitarbeiterinnen**
Romy Neupert
Handy:

(01 52) 29 08 10 64

Franziska Schneider
Handy:

(0 15 20) 3 70 96 95

Bundeskriminalamt hat bereits im Jahre 1997 vor einem Brandstiftereffekt durch V-Leute gewarnt.

Der Ausschuss soll empfehlen, wie mit dem Verfassungsschutz künftig zu verfahren ist. Die CDU und die SPD befürworten eine personelle Aufstockung. Was halten Sie davon?

Die Frage einer Aufstockung stellt sich im Kontext der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses nicht. Vielmehr ist beispielsweise die Frage zu beantworten, ob wir V-Leute zukünftig noch benötigen. Ich bin der Auffassung: Nein. Ihre Führung und ihr Agieren sind, wie

gezeigt, tendenziell rechtsstaatswidrig. Die Ergebnisse ihrer Arbeit sind aus demokratischer Sicht überwiegend kontraproduktiv. Dieser Ansicht war übrigens auch Erardo Rautenberg, der frühere Generalstaatsanwalt Brandenburgs, den wir als Sachverständigen hörten. Ein „more of the same“ ist jedenfalls nicht die Lösung der Probleme und schon gar nicht die passende Antwort auf den NSU-Skandal.

Die Linkspartei ist im Prinzip der Ansicht, dass auf Geheimdienste verzichtet werden sollte. Halten Sie das für vorstellbar?

Ich kann mir schon eine demokratische Gesellschaft ohne Geheimdienste vorstellen. Aber gegenwärtig ist die Durchsetzung einer solchen Vision illusionär. Von daher wären eine wirkliche strenge parlamentarische Kontrolle, die aktuell weitgehend leer läuft, der Ausbau der Innenrevision innerhalb des Geheimdienstes und noch engere rechtliche Vorgaben für seine Arbeit schon ein Erfolg. Eine Reduktion durch Eingrenzung wäre das. Dafür kann es dann schon ein Mehr an Personal geben.

Quelle:
Tageszeitung
„neues deutschland“,
12. Januar 2019,
Seite 27

NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE

(Zusammenstellung: Franziska Schneider)

■ Gute-Kita-Gesetz: Richtiger Weg, nun weiter!

Von Gerrit Große, kinderpolitische Sprecherin

Das sogenannte Gute-Kita-Gesetz startete am 1. Januar 2019. Bundestag und Bundesrat haben im Dezember zugestimmt. DIE LINKE Brandenburg setzt sich seit Jahren für eine verbesserte Kita-Qualität ein. Dazu gehören u.a. ein verbesserter Betreuungsschlüssel, bessere Bezahlung der ErzieherInnen, Weiterbildungen und bauliche Investitionen. Im September 2018

sind wir in Beitragsfreiheit im letzten Kita-Jahr gestartet.

Es ist längst an der Zeit, dass auch der Bund hier einen Beitrag leistet. Allerdings sollen die Zuschüsse aus dem Gute-Kita-Gesetz zunächst nur bis 2022 gelten. Deshalb war es wichtig, dass der Bundesrat auf Antrag von Brandenburg die Bundesregierung aufgefordert hat, spätestens 2020 ein

Gesetz vorzulegen, damit der Bund dauerhaft seinen Beitrag leistet. Denn wir brauchen dringend eine Verstärkung dieser Mittel. Dem muss jetzt allerdings auch eine bundesweite Initiative zur Fachkräftegewinnung folgen. Und wir brauchen endlich die Beitragsfreiheit für Alle. Davon müssen auch jene profitieren, die gerade an der unteren Bemessungsgrenze sind

und ihr Kitabeitragsgeld monatlich gerade so bezahlen können.

*Zum Gesetzentwurf: Drucksache 6/10026 - https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_10000/10026.pdf;
Zum Mitschnitt der Rede - https://www.youtube.com/watch?v=g5E_1fGVhQ8*

■ „DigitalPakt Schule“ ist ohne Grundgesetzänderung möglich

Von Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender

Schon sehr lange verhandeln Bund und Länder über den „DigitalPakt Schule 2019 - 2023“. Alles war ausverhandelt und unterschreibbar... - bis der Deutsche Bundestag am 29. November Grundgesetzänderungen beschloss, die nicht nur die Vereinbarung zur Beteiligung des Bundes an der Digitalisierung von Schulen ermöglichen, sondern auch eine grundsätzliche Änderung der Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern enthielten. Unmittelbar vor der Abstimmung im Bundestag hatte sich eine ganz große Koalition von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP

verständnis, dass Bundeshilfen ab 1.1.2020 nur gezahlt werden, wenn die Länder sich in gleicher Höhe beteiligen.

Während für den DigitalPakt noch ein Verhältnis von 90 Prozent (Bund) zu 10 Prozent (Land) gilt, würde die vom Bundestag nun beschlossene Änderung des Grundgesetzes tief in die Kompetenz und vor allem den finanziellen Handlungsspielraum der Länder eingreifen. Dies gilt in besonderer Weise für finanzschwächere Bundesländer!

Dagegen wehren sich alle Länder zu Recht! Und zwar ungeach-

tet davon, ob sie die Änderung des Grundgesetzes als unverzichtbare Voraussetzung für eine Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Aufgaben der Länder im Bildungsbereich, beim sozialen Wohnungsbau oder bei der Gemeindeverkehrsfinanzierung betrachten. Denn es geht darum, die Souveränität der Länder über die Verteilung der eigenen Haushaltsmittel zu bewahren.

Der Landtag hat mit seinem Beschluss vom 14. Dezember 2018 (Drucksache 6/10146 - <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/>

LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_10100/10146.pdf) deutlich gemacht: Er hält die Verankerung einer generellen 50-prozentigen Kofinanzierungsverpflichtung der Länder für Bundesfinanzhilfen im Grundgesetz für nicht angemessen. Die Landesregierung wurde aufgefordert, im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat auf eine Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern hinzuwirken, die verfassungsrechtlich zwingend geboten ist und die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer berücksichtigt.

■ Der Doppelhaushalt 2019/20

Von den Abgeordneten der Fraktion

Am 14. Dezember 2018 hat der Landtag den Doppelhaushalt für die Jahre 2019/20 verabschiedet - nach einem Vierteljahr voller Debatten im Plenum, in den Fachausschüssen, den Fraktionen und

schließlich wieder im Plenum. Es ist der umfangreichste Etat den Brandenburg je hatte, und es ist uns gelungen, wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen. Hier die Ergebnisse in aller Kürze:

Bildungspolitik – Schulen und Kitas stärken

In Brandenburg haben Kinder und Jugendliche Priorität, von der Kita über die Schule bis zu Ausbildung oder Studium: Über 2,3 Mrd.

Euro pro Jahr lassen wir uns die Bildung kosten. Das ist rund ein Fünftel des gesamten Haushalts. 64 Prozent des Geldes gehen an die Schulen, doch auch der Kita-Haushalt hat sich seit 2009 ver-

doppelt – auf inzwischen 512 Mio. Euro. Vor allem haben wir dafür gesorgt, dass mehr Lehrkräfte eingestellt, ausgebildet und weitergebildet werden können. Sie werden auch besser bezahlt. Schulen des Gemeinsamen Lernens werden wir weiter fördern, um für Chancengleichheit zu sorgen.

Innenpolitik – Wege zu mehr Sicherheit

Für mehr Innere Sicherheit erhöht das Land die Stellenzahl bei der Polizei auf 8 280. Außerdem wollen wir jedes Jahr fast 400 AnwärterInnen bei der Fachhochschule der Polizei einstellen und den Polizeiberuf attraktiver machen – z.B., indem wir die freie Heilfürsorge erhöhen. Damit wir ausreichende Bewerbungen für ausgeschiedene PolizistInnen bekommen, schaffen wir 125 Beförderungstellen bei der Polizei zusätzlich. Für freiwilligen Feuerwehrleute und Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz führen wir eine Prämie ein und die Ausbildung an der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt wird gestärkt.

Verstärkt wird auch die Suche und Bergung von Altmunition durch 13 neue Stellen und mehr Technik – besonders in Oranienburg, das als Modellregion eingestuft wird, weil die Belastung mit Munition mit gefährlichen Langzeitzündern dort besonders hoch ist. Außerdem werden die Hilfsprogramme für Wasser- und Abwasserverbände zur Bewältigung des Altanschießerproblems verlängert.

Rechtspolitik – mehr Personal für die Justiz

Für die Justiz ist der größte Personalaufwuchs seit vielen Jahren beschlossen worden. Fast 300 Stellen werden für die kommenden Jahre zur Verfügung gestellt. Bis 2022 werden an Gerichten und Staatsanwaltschaften 134 neue Stellen geschaffen, auf 124 Stellenstreichungen wird verzichtet, der Justizvollzug erhält 32 neue Stellen, um die die hohen gestalterischen Ansprüche des Brandenburgischen Justizvollzugsgesetzes endlich besser umzusetzen. Zugleich wird die Eingangsbesoldung der Bediensteten im Justizvollzug, für das Krankenpflegepersonal und den Werkdienst erhöht, um den Dienst attraktiver zu machen. Einen deutlichen Schwerpunkt setzen wir bei Projekten der Opferberatung und zum Täter-Opfer-Ausgleich. Hier sollen die gemein-

nützigen Einrichtungen zukünftig durch das Ministerium finanziert werden, um diese wichtige erfolgreich fortsetzen zu können und nicht ständig am Ende eines Haushaltsjahres vor einer ungewissen finanziellen Zukunft zu stehen.

Sozialpolitik – mehr erreicht, denn je!

Wir haben bereits bestehende Projekte wie die Schulgesundheitsfachkraft mit 400 000 Euro besser ausfinanziert. Notwendiges wie die Krankenhausfinanzierung konnten wir in Höhe von 100 Millionen Euro verstetigen und die Personalausstattung in der Medikamentenaufsicht sogar aufstocken. Zudem haben wir neue Ideen, wie ein umfassendes Hebammenprogramm mit fast 1 Million Euro angesprochen. Hinzu kam die verbesserte Förderung der Familienverbände sowie der Frauenhäuser, Deutsch für Flüchtlinge und vieles mehr.

Umwelt- und Agrarpolitik – Landwirtschaft, Natur- und Tierschutz

Im Haushalt des Umweltministeriums sind zehn zusätzliche Stellen für die Naturparke, Biosphärenreservate und den Nationalpark aufgenommen worden. Damit sichern wir die Arbeitsfähigkeit dieser Großschutzgebiete, die großen Respekt als Modellregionen für Regionalentwicklung im Einklang mit der Natur genießen und vielerorts als Motor für Projekte im ländlichen Raum agieren.

Sowohl im Agrar- als auch im Verbraucherschutzministerium sind Mittel für die Umsetzung des Tierschutzplans vorgesehen. Damit können die zwischen Landwirten, Umwelt- und Tierschützern und Wissenschaftlern vereinbarten Maßnahmen angegangen werden, um den Tierschutz gemeinsam mit den Landwirten voranzubringen. Insbesondere wird ein Tierschutzberatungsdienst eingerichtet, der Landwirtschaftsbetriebe bei der Verbesserung der Haltungsbedingungen und der Tiergesundheit beraten soll.

Kultur- und Wissenschafts- politik – gemeinsam für das Kulturland Brandenburg

Im Kulturhaushalt sticht die Förderung vieler Projekte im ländlichen Raum heraus. Mehr Geld gibt es für die Sozio- und die Popkultur sowie für kulturelle Bildung. So bauen wir z.B. das Projekt „Klasse Kunst, Klasse Musik“ weiter aus. Das war uns wichtig,

um Kreativität und gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Klassische Themen der Kulturpolitik wie Denkmalpflege, Museen und Gedenkstätten werden aber ebenso gefördert. Der Wissenschaftshaushalt setzt einen Schwerpunkt bei der Lehrerbildung. Das umfassen die Erhöhung der Lehramtsstudienplätze und der Bau des Zentrums für Lehrerbildung. Im Zuge dessen wird auch mehr Wohnraum für Studierende geschaffen.

Netzpolitik – Internet ist Daseinsvorsorge

Die Versorgung mit leistungsfähigem Internet ist unerlässlich, um die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Wirtschaft zu erhalten und zu stärken. Es ist aber auch ein wichtiges Kriterium, wenn es um die Wahl eines Wohnsitzes geht und darum, die Daseinsvorsorge zu sichern und zu verbessern. In den kommenden Jahren werden wir rund 400 Mio. Euro zur Kofinanzierung des Breitbandförderprogramms des Bundes zur Verfügung stellen. Damit soll der Ausbau von Glasfaseranbindungen bis ins Gebäude weitestgehend flächendeckend erfolgen.

Energiepolitik – Erfolgsmodell 1000-Speicher-Programm

Im Rahmen des 1 000-Speicher-Programms sollen private Hausbesitzer, die mit einer Photovoltaik-Anlage auf ihrem Dach selbst Strom erzeugen, bei der Anschaffung eines Batteriespeichers unterstützt werden. Mit der Förderung von Speichern im Gesamtvolumen von 9 Mio. Euro unterstützen wir die Brandenburgerinnen und Brandenburger dabei, ihren Eigenverbrauch von Solarstrom zu erhöhen. Dabei wird gleichzeitig das Stromnetz im Land Brandenburg entlastet. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz, der Sektorenkopplung ist die Speicherung von entscheidender Bedeutung für eine erfolgreiche Energiewende und den Klimaschutz.

Mobilitätzuschuss – Ehren- amtliche weiter unterstützen

Im parlamentarischen Verfahren haben wir Mittel für einen Mobilitätzuschuss für Ehrenamtliche und auch Finanzmittel für die Schaffung von Beratungsstrukturen für das Ehrenamt in den Landkreisen zusätzlich in den Landeshaushalt eingestellt. Damit dokumentiert die Koalition, unterstützt auch von Oppositionsfrakti-

onen, dass uns das Ehrenamt nicht nur einmal im Jahr – beim Ehrenamtsempfang der Landtagspräsidentin und des Ministerpräsidenten – einer Anerkennung wert ist. Wir stehen an 365 Tagen dafür, dass das Ehrenamt hohe öffentliche Wertschätzung erfährt!

Tolerantes Brandenburg – Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Vor dem Hintergrund der 2013 in die Landesverfassung eingefügten Antirassismus-Klausel (Artikel 7a) haben wir die Schaffung einer Fachstelle Antisemitismus beschlossen und diese finanziell ausgestattet. Zudem wurden die Mittel für das „Tolerante Brandenburg“ und für den Verein „Opferperspektive“, der sich seit 1998 um eine professionelle Beratung für Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung, deren Freunde und Angehörige kümmert, deutlich erhöht.

Minderheitenpolitik – Rechte der Sorben/Wenden

Der Haushalt 2019/20 schafft eine wesentliche Basis für die Förderung des sorbischen/wendischen Volkes durch das Land Brandenburg. Stichworte sind: Stiftung für das sorbische Volk, Ausbildung von Sorbisch-Lehrern, Zuschüsse an Kommunen für die Umsetzung des Sorben/Wenden-Gesetzes, darunter neu auch für hauptamtliche Sorben/Wenden-Beauftragte, Mittel für Niederdeutsch, für die FUEN und die Digitalisierung der niedersorbischen Sprache. Die Wertschätzung für die Minderheiten drücken vor allem aber diese Zahlen aus: Seit 2009 haben wir die Ausgaben für die Minderheitenpolitik von 2.825.000 auf 4.389.000 Euro, also um mehr als die Hälfte erhöht. 400.000 Euro davon sind für ein spezielles Landesprogramm vorgesehen, mit dem sorbische/wendische Bildungsangebote in Kitas gefördert werden.

Übersichten im Internet:

- zu den Haushalts-Drucksachen: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&Standard-suche=Vorgang&search=WP%3d6+AND+%28%28HETW%3d2019+and+HAGE%3dja%29+OR+DNR%3d9217+OR+DNR%3d9218%29
- zu den Mitschnitten der Reden: <https://www.youtube.com/playlist?list=PL43wSR9x3Yxfw4T3xSZ7gQkR-3EFVVs1>

Aufstehen für Frieden und soziale Gerechtigkeit

SODI-Neujahrsgrüße an den „Widerspruch“

Liebe „Widerspruch“ Leser*innen, zunächst für alle der Wunsch, dass 2019 ein friedlicheres Jahr für alle Menschen auf der Erde wird. Es soll ein gutes Jahr werden. Es wird ein besseres Jahr sein, wenn die richtigen Erkenntnisse, wie in den Diskussionsrunden vieler Basisgruppen herausgearbeitet, die umgehende Lösung der inneren Konflikte von der Parteispitze realisiert wird.

DIE LINKE benötigt in den kommenden Wahlkämpfen eine große Geschlossenheit. Sie ist die einzige soziale, friedliche, ökologische und demokratische Alternative. Um aber, das zeigt die aktuelle politische Lage, die inhaltlichen Ziele realisieren zu können und vor allem dem Frieden auf unserem Planeten eine Chance einzuräumen, ist die Einheitsfront erforderlich.

Als Linker und aktiver Gewerkschaftler, als Mitstreiter beim Solidaritätsdienst International e.V. trage ich den gemeinsamen Nenner von „#aufstehen“ mit, reihe mich

ein. Aufstehen für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Privatisierung stoppen und wo notwendig wieder rückgängig machen, Gemeinwohl vor Gewinn. Wir ringen in unserem Wirken um eine gerechte Welt, die Erde ist für alle Menschen Heimat. Die Erde für das Leben und die menschliche Zukunft zu erhalten, ist unsere wichtigste Aufgabe.

Die Interessen des Finanzkapitals und der Großkonzerne durch die Regierung zu vertreten, ist falsch. Die Interessen der Menschen/des Lebens auf der Erde zu vertreten, ist unserer aller vordringlichste und vornehmste Pflicht.

Als Bert Brecht 1952 das Gedicht „Das Gedächtnis der Menschheit“ schrieb, hat er eine wichtige menschliche Eigenschaft angesprochen. Deshalb bleibt die Aufgabe, die viele Genossen und Sympathisanten immer wieder so fundiert praktizieren, „Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die

Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!“

Friede auf Erden, nur ein Traum? Nein! Unser Lied, die „Internationale“, sollte Anleitung zum Handeln für alle linken Kräfte bleiben und sein. Wer sich, liebe Leser des „Widerspruch“, mit deutschen Friedensfreunden im Sommer von Frankfurt (Oder) nach Belarus aufmachen möchte, um mit denen aus der Republik Belarus eine Einheit für den Frieden zu demonstrieren, ist herzlich eingeladen*. Wir demonstrieren grenzübergreifend und gemeinsam, dass der Frieden heute mehr denn je die Grundlage allen Lebens ist.

*Hagen Weinberg
Sprecher der SODI Gruppen
entlang der Oder*

* Busreise vom 10. bis 23. Juli 2019, Anmeldung über Hagen Weinberg, Leopoldufer 2, 15230 Frankfurt (Oder)



Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte

Heideruh 2019

mit Bildung gegen Rechts-Programm

Heideruh lädt ein

Wir freuen uns, dass Sie sich, dass Du Dich für Heideruh interessiert und hoffen Dich/Sie mit dem einen oder anderen Angebot für einen Aufenthalt in Heideruh zu bewegen.

Heideruh ist ein historisches, ein einmaliges, ein vielfältiges und ein politisches Projekt, das ein klares Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus, gegen Populismus und Vereinzelung hat. Der Rechtsruck in Deutschland und Europa ist nicht mehr nur eine Gefahr, eine Bedrohung, nein er hat sich etabliert und ist fester Bestandteil geworden. Heideruh trägt seinen Anteil dazu bei, dass alle antifaschistisch Gesinnten einen Ort zur Bildung, Begegnung und Vernetzung haben, um dieser Entwicklung etwas entgegen zu setzen und Alternativen zu entwickeln. Die Veranstaltungen „Bildung gegen Rechts“ bieten dazu neue Möglichkeiten.

Weitere neue Angebote wie der Frauenurlaub, die Politischen Buffets, das Netzwerk „Lesben gegen Rechts“ zeigen, dass sich Heideruh ständig weiter entwickelt. 2019 werden wir zudem inklusiver, barrierefreier. Mehrere Umbaumaßnahmen sind geplant, so wir erfolgreich mit den Anträgen zur Finanzierung sind.

Das Heideruh so bleibt, ist gemeinsame Aufgabe aller. Deswegen rufen wir dazu auf, sich an unseren Aktivitäten für die Zukunft Heideruhs zu beteiligen.

Auf Wiedersehen in Heideruh
Bea Trampenau, Geschäftsführerin

Wohn- u. Ferienheim Heideruh
Ahornweg 45
21244 Buchholz i.d. Nordheide
Tel.: (041 81) 8726
(Fr. 16 Uhr bis Di. 18 Uhr)
Fax.: (041 81) 28 11 42
E-Mail: info@heideruh.de
Internet: www.heideruh.de



Digitalisierung – (vorläufiger) Höhepunkt menschlicher Trickserie

von N. Mencken,
Erkner, Sympathisant
der LINKEN

Der Mensch ist Mittelmaß. In seiner stammesgeschichtlichen Entwicklung haben sich seine Fähigkeiten, die Wirklichkeit abzubilden, zu erkennen nur teilweise angepasst. Unsere Aufnahmefähigkeit liegt im mittleren Spektrum.

Sehr großes, wie etwa die Entfernungen im Universum, sehr kleines, wie Atome, Moleküle, Zellen usw. sind uns kognitiv nicht zugänglich. Makro- und Mikrokosmos erschließen sich uns nur mittels technischer Hilfsmittel. Unser erkennbarer Mesokosmos (Gerhard Vollmer) ist eingebettet in die unvorstellbaren Dimensionen des Universums und in die sehr kleinen Partikel des Mikrokosmos. Trotz dieser Mängel in der Erkenntnisfähigkeit menschlichen Seins erschließt sich der Mensch fragmentarisch diese ihm nicht zugänglichen Teile seiner Umwelt. Er trickst.

Hier kommen nun die Maschinen oder letztlich nur eine allgemeine Megamaschine zum Tragen.

Der kulturphilosophische Nerd (Computerfreak, Red.) Martin Burckhardt hat sich in seinem Buch „Die Philosophie der Maschine“ mit der Genese derselben auseinandergesetzt.

Eine Retrospektive der Maschine in der Zeit der griechischen Antike

Wenn die alten Griechen von Maschinen (mechane) sprachen, zielte die Begrifflichkeit nicht auf ein Gerät, sondern auf eine List, den Betrug an der Natur, ab. Beginnend in der Geburtshöhle des Zeus, Götter als die Projektionsflächen menschlichen Mächtigen-Seins, entwickelt der Autor das Handbuch einer jedweden Maschine, menschlicher Kultur und Geschichte. Wenn die Göttin am Haken des Theaterkrans auf die Bühne herabschwebt, setzt der Prozess unmittelbarer Verweltlichung ein. Das ist der Preis der Maschine, in welchem Maße die Menschen bereit sind, sich der neuen Rationalität selbst zu opfern.

Aus dem ideellen Konstrukt der Maschine entwickelt sich ihre Dinglichkeit. Sie sichert Macht, geheimnisvoll, komplex nur eingeweihten verständlich, dient sie göttlicher Darstellung. Die Architektur der Antike bis hin zu den pyramidalen Grabsteinen menschlicher Vergottung, im alten Ägypten, sind Zeugnis der Religionisierung menschlichen Tuns.

Der Autor verfolgt den Weg der Maschine durch die Zeit, ihre Funktion, ihre Rolle in den vergangenen und entstehenden Kulturen menschlicher Gesellschaft. Die Verhüttung von Erzen, die Produktion

von Metallen, das Prägen von Münzen erfordern maschinellen Einsatz. Das Münzgeld der Antike löst das animalische Gottesopfer ab. Religiöse Institutionen finden wir seit dem immer in der Nähe des Geldes, selbst Jesus ging in den Tempel und trieb aus, die da kauften und verkauften. Warum wohl? Mit anderen Worten, die heutige Kirchensteuer als maschinelle Opfergabe. Welch ein Fortschritt!

Die Buchgesellschaft und ...

Burckhardt analysiert die Buchgesellschaft, Gutenberg, die handgreifliche Identität der Buchstaben, das Alphabet selbst, wohl eine der ältesten Maschinen menschlicher Kultur überhaupt. Und so geht es Schlag auf Schlag. Programmierbare Webstühle, protokapitalistische Produktionsweisen bis hin zur Hollerith-Karte. Die Maschinen-Zyklen beschleunigen sich.

Die Anwendbarkeit der Elektrizität wurde ein weiterer Meilenstein in der Anwendung der Maschine. Unsichtbares konnte für die Erbringung von Arbeit genutzt werden.

Die Janusköpfigkeit der Maschine ist dem Autor bekannt, nicht zuletzt führte eine Volkszählung zur Kenntnis des Judentums in der deutschen Gesellschaft, Daten, gespeichert mittels Hollerith-Karte. So waren später den Nazis die Juden bekannt, der Holocaust sah seiner Vollendung entgegen. Wie alles Menschgemachte, so ist auch die Maschine zu missbrauchen. Die Aufklärung brachte nicht nur Positives für die Menschen.

Der Computer ist nicht nur ein Werkzeug

Er ist: „... eine Werkstatt. Begeben wir uns in diese Gedankenwerkstatt, verfügen wir über all die Werkzeuge, die auf unserem Desktop parat liegen. Fehlt etwas, erlaubt die Öffnung zur Welt, dass man das fehlende Teil in die eigene Arbeitsumgebung teleportiert. Insofern verkörpert die Maschine nicht nur diesen oder jenen Raum, sondern enthält, als prinzipiell offener Möglichkeitsraum, Platz für all jene Werkzeuge, die virtuell möglich, noch nicht realisiert, oder derzeit noch nicht in das eigene Arbeitsumfeld eingebunden sind.“ (S. 31)

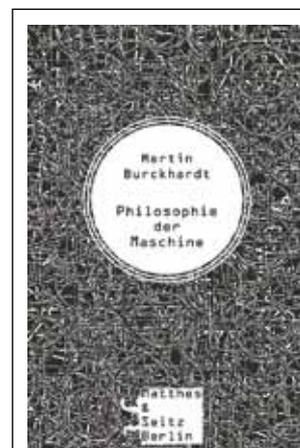
Der Computer, die langsam an Fahrt gewinnende Digitalisierung eröffnet uns einen neuen Kontinent der Erkenntnis. Es bedarf nicht vielen Mutes, diesen Kontinent zu entdecken, uns zu erschließen. Wir sind Ausgangspunkt, Teil und Ziel der Digitalisierung. Wir, Menschen aus Fleisch und Blut, sind die Maschine. Seit Jahrtausenden irren wir uns empor, aus der Natur gefallen, ertricksen wir uns den Zugang zu neuer Erkenntnis.

Die Computer, das Netz existieren ohne uns nicht, wenn wir also Bestandteil, Ursache und Erscheinung der Digitalisierung sind, offenbaren Begrifflichkeiten wie Multi-, Hyper- und Transmedialität, der Medienwissenschaften, nichts anderes als das Unverständnis der Maschine selbst. Kryptologie, um Unwissenheit zu kaschieren.

Digitalisierung – die universale Maschine

Digitalisierung ist als universale Maschine, die allen Lebensbereich durchdringt, zu verstehen. Gängige Konzepte in der Politik, Wirtschaft erodieren schrittweise. Ein Höhepunkt politischer Erosion ist der Kanzlerinnen-Begriff des Neulands. Der Staat, Leviathan, zeigt immer offener seine Inkompetenz. Als Maschine versagt der Staat in immer stärkeren Maße. Populistische, postdemokratische Erscheinungsformen transportieren sich in die freierwerdenden Lücken der Erosionsprozesse.

Martin Burckhardt hat ein exzellentes Buch zur Philosophie der Maschine geschrieben. Die Grenzen zwischen analoger und digitaler Welt sind keine, die Grenzziehung eine künstliche. Verblüffende Rückschlüsse, historische Retrospektiven bringt der Autor stets in anschaulicher Art und Weise auf den Punkt. Er produziert Aphorismen, wie selten in einer derartigen Konzentration zu lesen. Manches liest sich wie eine Übung in kreativer Semantik, feinsinniger Humor mit schon fast subversiv zu nennender Gedankenschärfe. Wer sich zum Thema Digitalisierung schlau machen, informieren will, wird mit diesem Buch fündig.



Martin
Burckhardt,

Philosophie
der
Maschine,

Matthes &
Seitz Berlin,
2018,

360 Seiten,

Hardcover gebunden mit Schutzumschlag,
ISBN: 978-3-95757-476-3, Preis: 28,00 €

Rentengerechtigkeit Ost – Demokratieversprechen im 30. Jahr nach dem Mauerfall einlösen

Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert eine existenzsichernde und armutsfeste Grundrente

Nach fast 30 Jahren müssen die Benachteiligungen der Ostdeutschen endlich berichtigt werden – die politische Glaubwürdigkeit der Regierungskoalition lässt sich ohnehin nur noch notdürftig reparieren. Hier geht es nicht allein um die Abwehr von Rechtspopulisten, sondern um ein Demokratieversprechen: die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes und die Würde des Einzelnen, unabhängig von Geschlecht und Herkunft

Eine garantierte Mindestrente muss kommen, Menschen müssen vor Altersarmut bewahrt werden. Diese Diskussion

ist überfällig und sie ist überall dort von besonderer Brisanz, wo Rentenansprüche bisher strukturell oder politisch verwehrt werden. Wenn jetzt die CDU die Ostrenten entdeckt, dann ist das endlich auch Wiedergutmachung für ihre fatale Niedriglohnpolitik. Jeder Dritte arbeitet im Osten für einen Niedriglohn, bundesweit ist es jeder Fünfte. Den bescheidenen Einkünften aus Arbeit werden also noch einmal niedrigere Einkünfte im Alter folgen, mit besonderer Brisanz im Osten. Wenn nicht endlich gegensteuert wird, endet die Kette der Verwerfungen der 90er Jahre, bestehend aus den Werkschließungen der Treuhand, folgender Massenarbeitslosigkeit und dem Aufbau eines Niedriglohnssektors, zuletzt in einem Alters-Armenhaus Ost. DIE LINKE fordert bereits seit Langem eine Mindestrente von 1 050 Euro, existenzsichernd und armutsfest.

Zugleich bedeutet die bisher festgelegte Angleichung der Ostrenten an das Westniveau – anders als auf den ersten Blick erkennbar – eine Weiterführung der Benachteiligungen. Parallel dazu wird bekanntlich der Umrechnungsfaktor von Löhnen und Gehältern im Osten abgeschafft. Ohne diese De-facto-Höherwertung der Einkommen ist die Angleichung der Rentenwerte jedoch eine Mogelpackung. Denn Ostdeutsche bekommen durchschnittlich 20 Prozent weniger Lohn und Gehalt als Westdeutsche – für vergleichbare Arbeit. Solange aber eine solche Lohnlücke zwischen Ost und West klafft, muss der Umrechnungsfaktor erhalten bleiben. In Ostdeutschland sind mehr Menschen ausschließlich auf die Leistungen der gesetzlichen Rente angewiesen als in Westdeutschland, wo Betriebsrenten und private Rentenversicherungen eine viel größere Rolle spielen.

*Matthias Höhn, Mitglied des Bundestages,
Beauftragter der Fraktion DIE LINKE
für Ostdeutschland*

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 16. Februar 2019, 10 Uhr, Beeskower Chaussee 11, 15848 Rietz-Neuendorf, OT Groß Rietz, Gesamtmitgliederversammlung, II. Tagung, Beratung und Beschluss des Kreistagswahlprogramms zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019
- 22. und 23. Februar 2019, Bonn, Platz der Vereinten Nationen 2, 53113 Bonn, World Conference Center Bonn (WCCB), 2. Tagung des 6. Parteitages der LINKEN, Beratung und Beschluss des Europawahlprogramms
- 23. und 24. Februar 2019, Bonn, Platz der Vereinten Nationen 2, 53113 Bonn, World Conference Center Bonn (WCCB), Vertreterinnen- und Vertreterversammlung zur Wahl der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN für die Europawahl am 26. Mai 2019

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 19.2. genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Dezember 2018/Januar 2019

- Werksausschuss für den 26.2., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Eigenbetrieb KWU Str. 11/12, KWU, Frankfurter Str. 81
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 28.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 5.3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 7.3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

13.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Wochenmarkt statt Weltmarkt

DIE LINKE wendet sich gegen die weitere Globalisierung der Agrarmärkte.

Wir wollen die Exportstrategie in der Agrarpolitik beenden. Wir wollen eine sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärker fördern. Leitendes Prinzip linker Agrarpolitik ist eine auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft, die auf das internationale Konzept der Ernährungssouveränität ausgerichtet ist und einen angemessenen Beitrag zu einer nachhaltigen Versorgung mit erneuerbaren Energien leistet.

Unsere Forderungen:

- Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel demokratisieren, Transparenz gewährleisten, langfristige Umweltwirkungen stärker berücksichtigen und den Einsatz glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel in Deutschland verbieten.
- Ökolandbau ausbauen und regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen fördern.
- Anbau und Handel mit gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten sowie bienenfreundliche Anbauverfahren und Strukturen gezielt bevorzugen.

- Regionale Produktion von Eiweißfuttermitteln stärken und den Import für die Tierhaltung verbieten.
- Flächengebundene, auf die einheimische Nachfrage bezogene und tiergerechte Nutztierhaltung, Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte einführen.
- Bessere Transportbedingungen für Tiere gesetzlich verankern und kontrollieren, Amputationen und Kükenschreddern verbieten.
- Personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden zur Durchsetzung des Tierschutzrechtes dem Bedarf anpassen und Verbandsklagerechte für anerkannte Tierschutzverbände einführen.
- Einsatz von Antibiotika auf zwingend notwendige Behandlungen begrenzen.
- Gerechte Gewinnverteilung in der Wertschöpfungskette garantieren.
- Patente auf Leben verbieten. Zur Sicherung der genetischen Vielfalt alte Pflanzensorten und Nutztierassen erhalten und freie Nachbaurechte sichern.
- Bauernland gehört nicht in Investorenhand. Bodeneigentum für regional verankerte Land-



Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und viele Mitglieder der Partei DIE LINKE demonstrierten am 19. Januar 2019 in Berlin unter der Losung „Kein Boden für Spekulanten!“ gemeinsam mit etwa 35 000 Menschen auf der Kundgebung „Wir haben es satt“ für eine Agrarwende und gegen Missstände in der Landwirtschaft.

Foto: DIE LINKE, @ Malte Fiedler

Zucker-Kasten



„Gutes neues Jahr!“

wirtschaftsbetriebe und die ländliche Bevölkerung sichern.

- Genossenschaftliche Landwirtschaft und bezahlbare Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kitaverpflegung stärker unterstützen.
- Anwendungsnahe und ökologische Landwirtschaftsforschung fördern.
- Deutliche Kennzeichnung der Inhalts- und Zusatzstoffe sowie der Nährwerte für alle Lebensmittel garantieren. Zusätzlich, eine verständliche Kennzeichnung mit der „Nährwert-Ampel“ einführen.
- Mundraub entkriminalisieren: Sich Lebensmittel aus Abfall-Containern zu holen, soll nicht mehr strafbar sein.

Quelle:
Fraktion DIE LINKE
im Deutschen Bundestag,
Platz der Republik 1,
11011 Berlin

Weitere Informationen zu den parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Tel. (030) 22 75 11 70
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

„Ich bin ein unverbesserlicher Optimist!“

Im Gespräch mit Marc Oesingmann, neuer Vorsitzenden der Fürstenwalder LINKEN



Marc Oesingmann,
Foto: DIE LINKE
Fürstenwalde

Das Gespräch führte
Stephan Wende.

Auf den Seiten 10–
12 können Sie weite-
re Beiträge aus Fürs-
tenwalde lesen:

- Fürstenwalde be-
ginnt das Jahr 2019
mit beschlossenen
Haushalt,
- Im Blick für das
Wahljahr 2019 –
dreimal stärkste
Kraft werden,
- Veranstaltungen
in Fürstenwalde
im Rahmen der
29. Brandenburgi-
schen Frauenwoche
2019.

Kontakt:
DIE LINKE
Fürstenwalde,
Bürgerbüro
„Rote Bank“,
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde
Tel.: (0 33 61) 3 30 69
Fax: (0 33 61) 34 26 24

E-Mail: info@linke-fuerstenwalde.de
Internet: www.linke-fuerstenwalde.de

DIE LINKE in Fürs-
tenwalde hat seit
Ende des Jahres 2018
einen neuen Vorsit-
zenden. Der 23-jäh-
rige Marc Oesing-
mann hat das Amt
von Stephan Wende
übernommen.

Sechs Jahre nach
dem Mauerfall wur-
de Marc in Schwedt
geboren und ver-
brachte seine ersten
sechs Lebensjahre in
Angermünde, bis die
Familie 2001 nach Fürstenwalde
zog, wo er seitdem lebt und wohnt.
Nach seinem Schulabschluss an
der Spree-Oberschule absovierte er
eine Ausbildung zum Justizfachan-
gestellten. Er arbeitet seitdem in
Berlin-Moabit bei der Staatsanwalt-
schaft, fährt viel RE 1 und hat hier
die Zeit für sein größtes Hobby,
Fantasyromane und Psychothriller
zu lesen. Außerdem trifft man ihn
in jedem neuen Kinofilm, auf Tour
mit Freunden, zum Beispiel beim
Erkunden vieler spannender Städte
Europas.

Lieber Marc, du bist seit 100 Tagen
der neugewählte Vorsitzende der
LINKEN in Fürstenwalde. Was hat
Dich bewegt, dieses Amt zu überneh-
men?

Ich bin ein unverbesserlicher Op-
timist und glaube, dass man vieles
meistern und zum Positiven wen-
den kann, wenn man sich enga-
giert. Meiner Überzeugung nach
ist DIE LINKE hierbei eine wichti-
ge, weil kreative und emanzipierte
Kraft. Ich möchte meinen persönli-
chen Beitrag dazu leisten.

Hand aufs Herz – wie fällt Deine
persönliche 100-Tage-Bilanz
aus?

Dies ist meine erste politische Tä-
tigkeit und ich habe in dieser Zeit
viele interessante Frauen und Män-
ner kennenlernen dürfen, die für
ihre Überzeugungen eintreten,
kämpfen und dies durch ihr Mit-
wirken in der Partei verwirklicht se-
hen. Das gibt mir Kraft und Moti-
vation mein Bestes zu geben.

Sicherlich waren die ersten Tage
für mich etwas hektisch, da ich
viel lernen und hinterfragen muss,

um die Funktion und was dahinter
steckt voll zu verinnerlichen. Aber
ich bin ein Mensch, der an Heraus-
forderungen wächst und freue mich
auf ein weiteres ereignisreiches Jahr
als Vorsitzender an der Spitze eines
sehr lebendigen und streitbaren
Ortsverbandes.

Vor welchen Herausforderungen steht
Deine LINKEN in Fürstenwalde im
nächsten Jahr? Welche Ziele habt ihr?

Wichtige Wahlen stehen an und
die Tage verfliegen schneller als das
es einem manchmal lieb ist. Un-
ser Wahlkampf muss auf zwei Sä-
ulen aufbauen. Erstens müssen wir
LINKEN zu 100 Prozent ehrliche,
glaubwürdige Politik machen, die
die sozialen Probleme der Men-
schen im Blick haben. Zweitens
muss es uns gelingen, da wo wir das
Vertrauen von Bürgerinnen und
Bürgern leider verloren haben, dies
wieder zurückzugewinnen und
gleichzeitig mit unserer Politik für
den Alltag jeden Tag aufs Neue das
Vertrauen rechtfertigen, also uns
verdienen!

Was ist für Dich linke Kommunal-
politik?

Für mich bedeutet es, die Angele-
genheiten einer Kommune zu ver-
walten und die Belange der Bürge-
rinnen und Bürger auf ihrer Ebene
zu vertreten. Das reicht von der Sa-
nierung einer Schule bis hin zu öf-
fentlichen Toiletten in der Stadt.

Ich denke, dass in letzter Zeit der
Blick zu oft auf ganz Deutschland
fiel und dabei bei vielen Bürgern
aber auch Parteien die Sicht auf
die Probleme vor Ort in den Hin-
tergrund gerückt sind. Wie jedoch
eine Stadt in die Zukunft geht und
wie das Leben in der Heimat vieler
Menschen in den nächsten Jahren
gestaltet wird, entscheidet maßgeb-
lich die Kommunalpolitik. Sie ist
konkret und wirkt sofort. Redebla-
sen platzen vor Ort schnell.

Welche Rolle spielt für Dich
DIE LINKE in Fürstenwalde?

Ich bin der festen Überzeugung,
dass Parteien Politik zum Wohle al-
ler im Land lebender Menschen als
Ziel haben sollten. Deshalb kämpft
DIE LINKE für die Verbesserung
der Lebenssituation und eine sozi-
ale Politik auch in den Stadtquar-

tieren, in denen in der Vergan-
genheit bei Wahlen wenige Kreuze bei
der LINKEN gemacht worden sind.
Geschlossen hinter seinen Über-
zeugungen stehen und sich dafür
einzusetzen sollte immer Leitlinie
sein. DIE LINKE spielt deshalb für
mich in Fürstenwalde eine wichtige
und tragende Rolle.

Marc, was ist für Dich links?

Ich habe als junger Teen-
ager, der sich schon damals mit po-
litischen Themen auseinander setz-
te, links immer als menschenah
empunden. Da, wo die elementa-
ren Probleme, Ängste und Nöte der
Menschen zu Tage treten, benötigt
es linke Ideen und Lösungen.

Links bedeutet für mich die
Stimme der Vernunft in kriegeri-
schen Zeiten. Links heißt immer
weiter für die gute Sache zu kämp-
fen, auch wenn der Weg steinig ist.

Was hat Dich in letzter Zeit am
meisten überrascht?

Die auf Instagram geteilten Bil-
der von Alexander Gerst, unserem
deutschen Kosmonauten. Ein Blick
in die Sterne ist etwas beruhigendes
und sicherlich nie verkehrt. Und
gleichzeitig mahnt es, sorgsam mit
dem Schönsten umzugehen, was
die Menschheit besitzt: ihre Erde.

Was regt Dich auf?

Fehlende Akzeptanz für an-
dere Meinungen.

Wovon träumst Du?

Das 2019 ein Jahr wird, im
dem die Menschen in Deutschland
und der Welt mehr Zeit für ihre
Liebsten haben und ihre Sorgen
abnehmen.

Wovor hast Du Angst?

Vor Spinnen. Politische
Angst habe ich nicht, denn ich bin
ein unverbesserlicher Optimist.

Wenn Du Parteivorsitzende wärst?
... bräuchte mein Tag mehr
als 24 Stunden.

Lieber Marc, herzlichen Dank für
dieses persönliche Gespräch, die
Chance für die WIDERSPRUCH-
Leser*innen Dich persönlich ken-
nenzulernen und viel Erfolg an der
Spitze der Fürstenwalder LINKEN.